



Ausschuss für Europa und Internationales

38. Sitzung (öffentlich)

27. Juni 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:11 Uhr bis 09:56 Uhr

10:00 Uhr bis 11:46 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Lara Jähnke

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
a) Abstimmungen in „Fraktionsstärke“	5
b) Zur Tagesordnung	5
Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Zur Budapest Pride Parade“ als TOP 8 aufzunehmen.	
c) Vorstellung des neuen Staatssekretärs für Europa und Internationales Christian Wiermer	5
d) Abwesenheit des Ministers und des Staatssekretärs ab 10:00 Uhr	5

- 1 Einsatz der Landesregierung für faire steuerliche Regelungen für Grenzpendlerinnen und Grenzpendler** (*Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1]*) **6**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3974
- Wortbeiträge
- 2 Welche Rolle spielt Nordrhein-Westfalen für die Stärkung des Europäischen KI-Standortes?** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **7**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3977
- Wortbeiträge
- 3 Grenzenloses Ausreiten ermöglichen – Hürden im Reitsport zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden abbauen** **9**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/13674
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung in Präsenz mit bis zu zwei Sachverständigen pro Fraktion durchzuführen.
- 4 Wissenschaft unter Druck – Nordrhein-Westfalen muss starker Partner für Forschende und Wissenschaftsinstitutionen auf der ganzen Welt sein** **10**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/13807
- keine Wortbeiträge
- Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das von Josef Neumann (SPD) vorgeschlagene Verfahren, sich an der im federführenden Ausschuss geplanten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

- 5 Digitale Souveränität sichern – das Internet befreien, Medienvielfalt schützen!** 11
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/14011
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt auf Vorschlag von Josef Neumann (SPD) überein, sich an der im federführenden Ausschuss geplanten Anhörung pflichtig zu beteiligen.
- 6 Strukturelle Schwächung der internationalen und Eine-Welt-Kooperationen NRW** 12
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3091
- Ausschussprotokoll 18/832 (Anhörung vom 07.02.2025)
- Wortbeiträge
- 7 Resümee der Informationsreise im Mai 2025 des Ausschusses für Europa und Internationales in die Region Piemont, Italien** 15
- Wortbeiträge
- 8 Zur Budapest Pride Parade** 17
- Wortbeiträge
- Dem von Dr. Werner Pfeil (FDP) formulierten Text bezüglich der Budapest Pride Parade schließen sich die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP an. Die AfD-Fraktion spricht sich dagegen aus.
- 9 Fachgespräch mit dem Direktor des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel zum Thema „5 Jahre NRW-Büro in Israel – Rückblick und Ausblick“** 20

10 Verschiedenes

49

– keine Wortbeiträge

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

a) Abstimmungen in „Fraktionsstärke“

Für Abstimmungen gelte gemäß Vereinbarung der Fraktionen „Fraktionsstärke“, informiert **Vorsitzender Stefan Engstfeld**.

b) Zur Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Zur Budapest Pride Parade“ als TOP 8 aufzunehmen.

c) Vorstellung des neuen Staatssekretärs für Europa und Internationales Christian Wiermer

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) stellt den neuen Staatssekretär für Europa und Internationales Christian Wiermer vor. Er habe als Regierungssprecher bereits an Reisen der Landesregierung ins Ausland mitgewirkt und übernehme nun die Verantwortung für diesen Themenbereich.

Er sei seit 2017 Regierungssprecher und leite das Landespresse- und Informationsamt, führt **StS Christian Wiermer (MBEIM)** aus. Zusätzlich habe er voller Kraft und Leidenschaft das Amt des Staatssekretärs für Europa und Internationales übernommen.

Er lege viel Wert auf den Austausch mit den Ausschussmitgliedern und bedanke sich dafür, dass er sich in der Obleserunde habe vorstellen können. Für Anregungen aus dem Ausschuss und dem Landtag sei er offen.

d) Abwesenheit des Ministers und des Staatssekretärs ab 10:00 Uhr

Sowohl Staatssekretär Wiermer als auch er müssten die Ausschusssitzung um 10:00 Uhr verlassen, um an einer gemeinsamen Kabinettsitzung von Nordrhein-Westfalen und Flandern in Antwerpen teilnehmen zu können, informiert **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** die Ausschussmitglieder.

1 Einsatz der Landesregierung für faire steuerliche Regelungen für Grenzpendlerinnen und Grenzpendler *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3974

Er danke der Landesregierung für ihren Einsatz für eine faire steuerliche Regelung für Grenzpendlerinnen und -pendler, welche in der Grenzregion sehr positiv aufgenommen worden sei, sagt **Dr. Günther Bergmann (CDU)**. Die Einigung umfasse eine Regelung für 34 Homeoffice-Tage im Jahr. Im Hinblick auf das Homeoffice habe der sozialversicherungsrechtliche Status lange Zeit Schwierigkeiten bereitet.

Die Landesregierung betone richtigerweise, dass es sich dabei um einen ersten Schritt handele, denn eine Regelung für lediglich 34 Tage Homeoffice im Jahr sei mit der heutigen Arbeitswelt nicht vereinbar. Deutschland habe neun Nachbarländer, und es müsse genau überlegt werden, wie Regelungen ausgestaltet werden könnten.

Auch **Dr. Werner Pfeil (FDP)** dankt der Landesregierung für die auch nach Rücksprache mit der Bundesregierung erzielte Regelung.

Die FDP-Fraktion habe 2022 zum ersten Mal einen Antrag zu dem Thema eingebracht. Mit den Niederlanden habe nun eine Einigung erzielt werden können. Mit Belgien gestalte sich dies schwieriger, da es dort mehr Gesprächspartner gebe.

Er begrüße, dass es in diesem Bereich Fortschritte gebe, so **Josef Neumann (SPD)**. Es müsse aber weiter daran gearbeitet werden, da eine Regelung für 34 Tage Homeoffice im Jahr nicht ausreiche.

Allerdings erschwerten die vom Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt angewiesenen Grenzkontrollen das Leben derer, die diese Grenzen jeden Tag überqueren müssten. Für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Grenzregion seien diese nicht förderlich.

Frank Jablonski (GRÜNE) schließt sich dem Dank seiner Vorredner an. Diese Einigung zu erzielen, habe viel Einsatz erfordert. Auch die grüne Fraktion sehe weiteren Handlungsbedarf für die Zukunft; dieser werde angegangen.

2 Welche Rolle spielt Nordrhein-Westfalen für die Stärkung des Europäischen KI-Standortes? *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3977

Dr. Werner Pfeil (FDP) verweist auf ein Interview des Bundeskanzlers Friedrich Merz am gestrigen Abend, in dem dieser auf das Thema Bezug genommen habe. Das Interview stimme ihn zuversichtlich, dass der Prozess auf europäischer Ebene vorankomme.

Neben den in dem Bericht erwähnten Maßnahmen forcieren die Landesregierungen ihre Anstrengungen hinsichtlich der von der Europäischen Kommission geplanten AI Gigafactories, berichtet **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**. Unter den Interessensbekundungen, die bis zum 20. Juni 2025 hätten eingereicht werden müssen, sei mit der von der Telekom auch eine von einem großen nordrhein-westfälischen Unternehmen. Um auf Basis der verschiedenen Interessensbekundungen aus Deutschland bestenfalls eine Bewerbung zu erstellen und den möglichen Standort einer solchen AI Gigafactory festzulegen, führe die Bundesregierung gerade Gespräche mit den Unternehmen.

Die Landesregierung begleite diesen Prozess sehr eng. Im Rahmen der Interessensbekundung seien insbesondere Fragen hinsichtlich der Energieversorgung, Flächen, der Genehmigung und der Planung geklärt worden. Das Thema biete viel Potenzial.

Der Wettbewerb um die Standorte der AI Gigafactories sei in Deutschland aber auch auf europäischer und internationaler Ebene hoch, stellt **Josef Neumann (SPD)** fest. Neben dem Unternehmen aus NRW habe unter anderem Bayern als Land eine Interessensbekundung eingereicht. Damit konkurrierten quasi zwei wichtige Bundesländer um einen Standort. Nach der Bewertung der Interessenten durch die Bundesregierung treffe letzten Endes die Europäische Union die Auswahl. Er rate, alles dafür zu tun, dass der Standort letztlich in Nordrhein-Westfalen liege.

Fünf der eingereichten Interessensbekundungen kämen, wie von der Europäischen Kommission gewünscht, von Unternehmen und eine habe das Land Bayern eingereicht, ergänzt **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**. Vonseiten der Europäischen Kommission gebe es klare Vorgaben; sie habe bereits angekündigt, im Herbst insbesondere Bewerbungen zu berücksichtigen, hinter denen ein Mitgliedsstaat stehe. Für den entscheidenden Prozess, auf Basis zahlreicher, noch nicht so detaillierter Interessensbekundungen bestenfalls eine umfassende deutsche Bewerbung zu erstellen, liege die Zuständigkeit daher bei der Bundesregierung.

75 % einer AI Gigafactory sollten laut der Europäischen Kommission von den Unternehmen finanziert werden. Ganz bewusst solle Kapital mobilisiert und ein Geschäftsmodell verfolgt werden. Es handele sich ausdrücklich um keine 100-%-Förderung durch die Kommission oder einen Mitgliedsstaat.

Jedweden Aufwand, damit der Standort in Nordrhein-Westfalen liegen werde, halte die Landesregierung für lohnend. Das Land biete gute Voraussetzungen, unter anderem für die industrielle Nutzung Künstlicher Intelligenz. Zudem werde im September mit „JUPITER“ in Jülich der erste Hochleistungsrechner in Europa in Betrieb genommen. Von diesen gebe es weltweit nur vier.

Die Landesregierung mobilisiere auch grenzüberschreitende Unterstützung. Der Ministerpräsident habe mit dem niederländischen und mit dem belgischen Regierungschef entsprechende Gespräche geführt. Es gebe ebenfalls Unterstützung aus Luxemburg, die auch gegenüber der Bundesregierung geäußert worden sei.

Auf dem Sommerfest der nordrhein-westfälischen Landesvertretung in Berlin seien die Bemühungen der Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt Dorothee Bär vorgestellt worden, darunter der Standort Jülich und das Einstein-Teleskop. Die Ansiedlung einer AI Gigafactory stehe auch bei der heutigen gemeinsamen Kabinettsitzung von Nordrhein-Westfalen und Flandern auf der Tagesordnung.

Die Bemühungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung, grenzüberschreitende Unterstützung zu generieren, anstatt allein zu werben, habe bei den Unternehmen Anklang gefunden.

Der Nutzen einer Ansiedlung im Rheinischen Revier über die Landes- und Bundesgrenzen hinaus, sei ein starkes Argument. Es gehe schließlich darum, eine europäische Erfolgsgeschichte zu schreiben und die Kleinstaaterei zu verlassen. Diesen Spirit strahlten Nordrhein-Westfalen und die Bewerbung der Telekom aus.

3 **Grenzenloses Ausreiten ermöglichen – Hürden im Reitsport zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden abbauen**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/13674

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 21.05.2025)

Die FDP-Fraktion beantrage zu dem Antrag eine Anhörung, teilt **Dr. Werner Pfeil (FDP)** mit. Kurz nach der FDP-Fraktion hätten die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag, Drucksache 18/13816, mit der gleichen Zielsetzung aber einer anderen Herangehensweise eingebracht. Ein gemeinsamer Antrag sei nicht zustande gekommen. Die Sachverständigen sollten nun prüfen, welcher Antrag besser sei.

Vorsitzender Stefan Engstfeld weist darauf hin, dass der Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen bereits zugestimmt habe.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Durchführung einer Anhörung zu, so **Frank Jablonski (GRÜNE)**. Die Erkenntnisse der Anhörung würden dann danach bewertet.

Er freue sich über die Aufmerksamkeit für das Thema, führt **Dr. Günther Bergmann (CDU)** aus. Bei ihm in der Grenzregion stelle das durchaus ein Problem dar: Es sei schwierig, zu bemerken, wann die Grenze zu den Niederlanden überquert werde. Längen bei Kontrollen in den Niederlanden dann nicht alle Ausweise und Impfnachweise vor, fielen hohe Bußgelder an.

Er habe bereits vor sieben Jahren einen Antrag zu diesem Thema eingebracht; eine Lösungsfindung habe sich allerdings kompliziert gestaltet.

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung in Präsenz mit bis zu zwei Sachverständigen pro Fraktion durchzuführen.

4 Wissenschaft unter Druck – Nordrhein-Westfalen muss starker Partner für Forschende und Wissenschaftsinstitutionen auf der ganzen Welt sein

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/13807

(Überweisung des Antrags an den Wissenschaftsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Europa und Internationales am 21.05.2025)

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das von Josef Neumann (SPD) vorgeschlagene Verfahren, sich an der im federführenden Ausschuss geplanten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

5 Digitale Souveränität sichern – das Internet befreien, Medienvielfalt schützen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/14011

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend –, an den Ausschuss für Europa und Internationales, an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung am 05.06.2025)

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag von Josef Neumann (SPD) überein, sich an der im federführenden Ausschuss geplanten Anhörung pflichtig zu beteiligen.

6 Strukturelle Schwächung der internationalen und Eine-Welt-Kooperationen NRWs

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/3091

Ausschussprotokoll 18/832 (Anhörung vom 07.02.2025)

Frau Mai vom „Blau-Gelben Kreuz Deutsch-Ukrainischer Verein“ habe in der Anhörung um Hilfe bei den Grenzübertritten von Hilfstransporten von Polen in die Ukraine gebeten, stellt **Josef Neumann (SPD)** heraus. Diese müssten dort teilweise sehr lange warten. Es sei bereits der Versuch unternommen worden, Gespräche zu führen, auch mit der polnischen Regierung. Er bitte die Landesregierung darum, bei diesem Thema die Initiative zu ergreifen.

Bezüglich der internationalen und Eine-Welt-Politik sei insbesondere der Wegfall des Konkreten Friedensdienstes, einem niedrigschwelligen Angebot an junge Menschen, kritisiert worden. Es sei aber auch deutlich geworden, dass in diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen auf unterschiedlichen Ebenen vieles statfinde. Die Anhörung habe die Arbeit der vielen Institutionen und Initiativen in Nordrhein-Westfalen sowie deren erhaltene Unterstützung verdeutlicht.

Allerdings müsse bei der Verteilung finanzieller Mittel darauf geachtet werden, dass diese auch zukünftig noch arbeiten könnten. Es habe den Hinweis gegeben, dass jeder im Haushalt eingesparte Euro die Projektarbeit, die sowohl in haupt- als auch in ehrenamtlicher Tätigkeit erfolge, einschränke oder gar gefährde.

Dabei könne bereits wenig Geld eine große Wirkung auf Weltoffenheit, Toleranz und Verständigung entfalten. In weiteren Haushaltsberatungen wolle die SPD-Fraktion Wert darauflegen, die im Rahmen des weltpolitischen Klimas stattfindenden Bemühungen weiterhin zu unterstützen. Seiner Meinung nach sei dies entscheidend und wichtig für die weitere Ermöglichung aktiver Teilhabe in diesem Bereich.

Er schließe sich der Bitte, auf eine humanere und unkompliziertere Organisation hinzuwirken, an, so **Frank Jablonski (GRÜNE)**. Er habe mehrere Hilfstransporte nach Lwiw in der Ukraine begleitet, einen davon mit Frau Mai, und die großen Probleme beim Grenzübertritt sowie das stundenlange Warten selbst erlebt.

Er bedauere jede durch die allgemeine haushalterische Situation notwendig gewordene Kürzung in dem Bereich „Internationale Angelegenheiten“. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen schließe aus der Anhörung jedoch, dass keine strukturelle Schwächung der internationalen und Eine-Welt-Kooperationen vorliege. Laut Engagement Global setze Nordrhein-Westfalen mit seinen Schwerpunkten klare politische Signale und schärfe somit das Profil seiner internationalen Kooperationen.

Die Fraktion halte Nordrhein-Westfalen mit Bonn als internationalem UN-Standort für gut aufgestellt, werde das Thema aber weiterverfolgen.

Bezüglich der Grenzübertritte zwischen Polen und der Ukraine stimme er seinen beiden Vorredner zwar zu, vieles sei aber auch schon passiert, merkt **Dr. Günther Bergmann (CDU)** an. Es gehe nun darum, die Bemühungen aufrechtzuerhalten und nicht notwendige bürokratische Maßnahmen zu vermeiden.

Für den Haushalt gelte die Maßgabe, Strukturen trotz zu reduzierender Ansätze zu erhalten. So sei etwa der Konkrete Friedensdienst nicht zerschlagen worden, sondern die Mittel seien lediglich ausgesetzt worden. Die seitens Schwarz-Grün geäußerte Absichtserklärung, die Mittel bei verbesserter Haushaltslage wieder zu erhöhen, sei wahrgenommen worden und auf Verständnis gestoßen. Das dritte Jahr der durch die vorherige Bundesregierung verursachten Rezession vereinfache die Situation allerdings nicht.

In Israel nehme das Land durch das Büro des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur und andere Maßnahmen eine führende Rolle ein. Dieser Schwerpunkt spreche für die gelungene Aufrechterhaltung von Strukturen.

Da Josef Neumann (SPD) die Kürzungen bemängelt, erinnere er daran, dass die Ansätze für den Bereich in den Jahren 2015 und 2016 unter einer SPD-geführten Landesregierung nur bei rund 4 Millionen Euro gelegen hätten. Mit 8 Millionen Euro stelle die derzeitige Landesregierung trotz der Kürzungen das Doppelte bereit. Die derzeitige Landesregierung stehe zu ihrer Verpflichtung und werde dies trotz der haushalterisch schwieriger werdenden Lage auch weiterhin tun.

Bezüglich der Auswertung der Anhörung teile er die Ausführungen seines Vorredners, sagt **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**. Die weitgehend fraktionsübergreifende Unterstützung des Handelns der Landesregierung in diesem Bereich sei für die Gespräche und Maßnahmen der Landesregierung in den vergangenen Monaten und Wochen wichtig gewesen.

Mehrere Botschafter der Bundesrepublik Deutschland hätten die Bedeutung des Engagements Nordrhein-Westfalens für ihre Arbeit vor Ort dezidiert und ausführlich betont. Beispielsweise sei seine Reise in die Ukraine Anfang Juni auf Einladung der Partnerregion aber auch aufgrund des dringenden Anrätens des deutschen Botschafters in Kiew erfolgt.

Das gelte auch für Israel. Er erinnere die Ausschussmitglieder an die Rede des israelischen Botschafters im Rahmen einer Veranstaltung im Landtag Nordrhein-Westfalen anlässlich des sechzigsten Jahrestages der diplomatischen Beziehung zwischen Israel und Deutschland.

Die Situation an der Grenze zwischen Polen und der Ukraine sei ihm sehr präsent, da er selbst dem „Blau-Gelben Kreuz Deutsch-Ukrainischer Verein“ Samstagnacht durch das Kontaktieren des stellvertretenden Innenminister Polens, des polnischen Europastaatssekretärs Marek Prawda sowie des Gesandten an der deutschen Botschaft in Warschau geholfen habe. Er wisse, dass auch andere, beispielsweise Thorsten Klute (SPD), Unterstützung geleistet hätten. Dieser Einsatz habe auch Wirkung gezeigt.

Er danke für diesen fraktionsübergreifenden, von Überzeugung geprägten Ansatz. Dies habe Polen verdeutlicht, sich gut zu überlegen, ob und, wenn ja, mit welchen Argumenten Hilfstransporte verhindert werden sollten.

Zur Erleichterung von Hilfstransporten, auch durch Kommunen, schaffe die Landesregierung gerade eine Grundlage, zum Beispiel im Rahmen der Landeshaushaltsordnung. Es brauche eine strukturelle oder zumindest eine grundsätzliche Lösung. Er verstehe die Sensibilität der Polen bezüglich ihrer Grenzen, insbesondere bezüglich der zu Belarus. Allerdings dürfe die Ankunft von Hilfstransporten nach dreieinhalb Jahre Krieg niemanden mehr überraschen.

(Unterbrechung von 09:56 Uhr bis 10:00 Uhr)

7 Resümee der Informationsreise im Mai 2025 des Ausschusses für Europa und Internationales in die Region Piemont, Italien

Vorsitzender Stefan Engsfeld fasst die Informationsreise des Ausschusses vom 4. bis 8. Mai 2025 zusammen.

Oberthemen seien die Herausforderungen der italienischen Regionen insgesamt sowie der Region Piemont im Speziellen und die Partnerschaft Nordrhein-Westfalens mit Piemont gewesen. Interessante Termine habe es beispielsweise mit einem Institut für Künstliche Intelligenz, mit Wirtschaftsvertretern, mit dem Direktor von Luigi Lavazza, mit Vertretern der Stadt Turin, mit dem Regionalrat Piemonts, mit dem Präsidenten der Region Piemont Alberto Cirio und der Università di Scienze Gastronomiche in Pollenzo, Piemont, gegeben.

Er danke der Landtagsverwaltung für die gute Organisation.

Er bedanke sich bei der Landtagsverwaltung für die hervorragend und exzellent organisierte Reise, sagt **Frank Jablonski (GRÜNE)**.

Er halte es für wichtig, dass nun auch die Parlamentarier mit der Partnerregion Kontakt aufgenommen hätten. Viele hätten zwar vorher ein Bild von Piemont und Turin gehabt, allerdings kein konkretes. Er hebe die Bedeutung der persönlichen Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft hervor.

Luigi Lavazza sei ein sehr gutes Beispiel für ein familiengeführtes Unternehmen, das abseits des reinen Strebens nach Gewinn soziale Verantwortung in Italien, aber auch weltweit übernehme und sich direkt in dem Viertel bzw. in der Community engagiere.

Hinsichtlich der politischen Ebene habe der Besuch die vielen verschiedenen Ebenen, auf denen Piemont und Nordrhein-Westfalen miteinander verbunden seien, verdeutlicht. Er beschäftige sich vor allem mit dem Bereich „Städtepartnerschaften“. Sowohl die Städtepartnerschaft mit Piemont als auch die mit anderen europäischen Städten müssten gehegt und gepflegt werden. Dafür trügen alle Parlamentarier Verantwortung.

Josef Neumann (SPD) schließt sich dem Dank seiner Vorredner an.

In der Tat hätten die mitreisenden Ausschussmitglieder unterschiedliche Erwartungen an Piemont und Turin gehabt. Gerade Turin sei an vielen Stellen beispielhaft. Die Stadt habe einen enormen industriellen Strukturwandel durchlebt – 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner abgewandert; industrieller Sektor weggebrochen –, der heutzutage durch Transformation, aber auch durch Forschung und die Hochschulen vorangetrieben werde. Seiner Erinnerung nach gebe es 140.000 Studentinnen und Studenten. In dem Bereich der städtischen Wohnungspolitik bestehe massiver Druck.

Vieles sei aus Sicht der SPD-Fraktion für Nordrhein-Westfalen nachahmenswert, bezüglich industrieller Dienstleistungen zum Beispiel das Institut zu Künstlicher Intelligenz. Die Vielfalt der Angebote vor Ort habe ihn überrascht. Auch die besuchte Università di Scienze Gastronomiche, eine Universität für die Forschung in den Bereichen „Lebensmittel“ und „Slow Food“, sei ein außergewöhnliches Beispiel.

Die Region Piemont und die Stadt Turin zeigten, dass Transformation und Strukturwandel unterschiedlich erlebt und vorangetrieben werden könnten – eine für Nordrhein-Westfalen relevante Beobachtung. Neben dem Ausbau der Partnerschaft müsse die Zusammenarbeit an den die beiden Regionen verbindenden Schnittstellen intensiviert werden.

Er bedanke sich ebenfalls herzlich bei der Landtagsverwaltung für die tolle Organisation der Reise und die bei Gruppenreisen nicht immer ganz einfache Berücksichtigung von Einzelwünschen, so **Sven Werner Tritschler (AfD)**. Zum Programm sei bereits alles Wesentliche gesagt worden.

Dr. Werner Pfeil (FDP) schließt sich ebenfalls den Ausführungen seiner Vorredner an. Die Reise habe viele Eindrücke und Einblicke in eine mögliche weitere Ausarbeitung der Zusammenarbeit mit Piemont bereitgehalten.

Junge Menschen könnten als Erste aufsaugen, was ein Land, eine Region zu bieten habe. In Nordrhein-Westfalen gebe es Euregioprofilschulen im Grenzbereich sowie Europaschulen. Es fehle ein Koordinator, der interessierte Jugendliche dabei unterstützen könnte, sie in die Partnerregionen zu vermitteln. Er rege eine gemeinsame Initiative der Ausschussmitglieder an, um dauerhaft einen Ansprechpartner für Schüler an weiterführenden Schulen, für Studenten an Universitäten und Hochschulen sowie für Auszubildende an Berufsschulen zu etablieren. Laut der Auskünfte vor Ort finde eine solche Vermittlungsarbeit derzeit nicht statt. Sie würde aber eine gute Möglichkeit darstellen, um die Partnerregionen und Nordrhein-Westfalen noch enger zu verbinden.

Sie selbst habe zwar nicht mitreisen können, von ihren drei mitgereisten Fraktionskollegen aber nur positive Rückmeldungen erhalten, berichtet **Romina Plonsker (CDU)**. Sie betone, dass dies der erste Besuch von Parlamentariern in der Partnerregion Piemont gewesen sei. Es sei wichtig, eine Partnerregion auch zu besuchen.

Auch die CDU-Fraktion danke der Landtagsverwaltung sowie dem Vorsitzenden Stefan Engstfeld für die Organisation.

Er ziehe ein positives Fazit, stellt **Vorsitzender Stefan Engstfeld** fest. Es habe Erkenntnisgewinne und Anregungen für die Zukunft gegeben; die Freundschaft mit Piemont sei vertieft worden. Bislang habe nur die Exekutive diese Partnerschaft gelebt. Es sei wichtig gewesen, dass die Legislative mit dieser Reise nun auch einen ersten Beitrag geleistet habe.

Der persönliche Kontakt erleichtere auch die zukünftige Arbeit. Beispielsweise sehe er regelmäßig den Präsidenten der Region Piemont Alberto Cirio, da sie beide Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen seien.

Er weise noch darauf hin, dass die Landesregierung mit Piemont für den Herbst eine in Nordrhein-Westfalen stattfindende Veranstaltung zu Künstlicher Intelligenz plane.

8 Zur Budapest Pride Parade

Laut gestriger Berichterstattung müssten die Unterstützer der Budapest Pride in Ungarn möglicherweise mit Strafandrohung rechnen, erläutert **Dr. Werner Pfeil (FDP)**. Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen habe sich in einem Statement dagegen ausgesprochen.

Ihm sei daran gelegen, dass der Landtag Nordrhein-Westfalen die klare Botschaft in Richtung Budapest bzw. Ungarn sende, dass Menschen- und Grundrechte sowie das Diskriminierungsverbot zu achten seien. Eine solche Botschaft tue niemandem weh, sei aber an alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union das Zeichen, sich entsprechend der gemeinsamen Wertegemeinschaft rechtskonform zu verhalten. Alle Abgeordneten seien an die Landesverfassung, das Grundgesetz, die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Charta der Grundrechte der Europäischen Union gebunden. Schutzrechte vor staatlicher Willkür und staatlichen Eingriffen gälten auch in Ungarn.

Er rege das Aufsetzen eines entsprechenden Schreibens an.

Die Budapest Pride Parade sei leider schon länger Thema, so **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**. Er habe diese auf seiner Reise nach Budapest im Oktober 2023 angesprochen und im Rahmen dieser die Organisatoren getroffen. Der Leiter des Ministerpräsidentenamtes Gergely Gulyás habe ihm zwar mitgeteilt, die Parade könne stattfinden, alles sei geschützt und niemand müsse Sorgen haben.

Allerdings gebe es ja auch andere Wege der Diskreditierung. Bisher habe sich alles in einem rechtsstaatlichen Graubereich bewegt. Die derzeitigen Entwicklungen entsprächen einem verschärften Vorgehen. Er könne daher nachvollziehen, dass sich die Kommissionspräsidentin persönlich dazu geäußert habe.

Er werde dieses Thema für sein für den Sommer geplantes Gespräch mit dem ungarischen Botschafter sowie für die Sitzung der Regierungskommission Nordrhein-Westfalen-Ungarn, die im November in Nordrhein-Westfalen stattfindet, anmelden. Für den Austausch mit Ungarn sei dies selbstverständlich ein Thema, es dürfe aber nicht das einzige oder alles beherrschende sein.

Die SPD-Fraktion unterstütze die Initiative von Dr. Werner Pfeil (FDP), betont **Josef Neumann (SPD)**. Die Bedrohungslage der Betroffenen in Ungarn steige gerade enorm.

Auf dem Festakt zum Nationalfeiertag Ungarns habe er in seiner Rede als Vertreter der Parlamentariergruppe „Polen, Ukraine, Mittel- und Osteuropa, Baltikum“ einen Fokus auf die Einhaltung der Menschenrechte gelegt und die Erwartungen an diese Einhaltung deutlich gemacht.

Er danke dem Minister dafür, dass er sich dieses Themas annehme und dieses daher Teil der aktuellen Agenda bleibe.

Aus aktuellem Anlass betone er, dass er auch das Hissen einer Regenbogenfahne auf dem Dach des Deutschen Bundestages begrüßen würde. Bei Menschen- und Grund-

rechten könne es keine Neutralität geben, auch nicht, wenn es um die eigenen Parlamente gehe.

Er danke dem Minister für die Erläuterung der Sachlage und begrüße im Namen der Fraktion die Initiative von Dr. Werner Pfeil (FDP), stellt **Frank Jablonski (GRÜNE)** fest. Nordrhein-Westfalen als offenes, tolerantes und vielfältiges Bundesland trage bei diesem Thema eine spezielle Verantwortung, die gegenüber den europäischen Partnerinnen und Partnern auch offen, transparent und deutlich kommuniziert werden sollte.

Bei seinem Aufenthalt in Budapest vor ein paar Tagen habe er sich als Homosexueller nicht bedroht gefühlt, merkt **Sven Werner Tritschler (AfD)** an. Er vermute, dass Homosexuelle dort sicherer lebten als in manchen Gegenden deutscher Großstädte.

Er verstehe zwar, dass das Thema in Ungarn diskutiert werde. Eine Stellungnahme des Landtags Nordrhein-Westfalens dazu lehne die AfD-Fraktion aber ab.

Die anderen Fraktionen erinnere er daran, wie diese aufgrund des Coronavirus vor einiger Zeit hinsichtlich der Versammlungsfreiheit in Deutschland agiert hätten.

Er warne vor Symbolpolitik und der Schaffung von Präzedenzfällen, führt **Dr. Günther Bergmann (CDU)** aus. Der Ausschuss werde nicht von jeder genauso schlimmen Entwicklung in Europa, beispielsweise in der Slowakei, in Rumänien, in Bulgarien, Kenntnis erlangen und darauf dann ebenfalls mit einer Beschlussfassung reagieren können. Daher sehe er die Fassung eines Beschlusses, der die Ausschussmitglieder beruhige, aber kein richtiges Zeichen an den Adressaten sei, als problematisch an. Er gebe zu Bedenken, dass ein solcher Beschluss einen Anspruch schaffen würde, dem der Ausschuss in den nächsten Jahren womöglich nicht immer gerecht werden könne.

Die Parlamentariergruppe „Polen, Ukraine, Mittel- und Osteuropa, Baltikum“ habe bei ihrem Besuch in Budapest im letzten Jahr das innige Verhältnis zwischen der dortigen Regierung und Randgruppen kennengelernt. Der Eindruck der Parlamentariergruppe unterscheide sich grundlegend von der seines Vorredners: Homosexuelle, aber auch andere Gruppen seien in der Bredouille.

Ordentliches und souveränes Verhalten im Rahmen der europäischen Standards sei aber natürlich sehr wichtig, ebenso wie das Ausdrücken von Solidarität in welcher Form auch immer.

Die persönliche Reaktion der Kommissionspräsidentin zeige, dass es sich hierbei um eine spezielle Situation handele, gibt **Vorsitzender Stefan Engstfeld** daraufhin zu Bedenken.

Er rege daher an, dass Dr. Werner Pfeil (FDP) einen Text von ca. drei Sätzen formuliere. Dieser könne dann von den Obleuten oder den Ausschussmitgliedern unterschrieben und an den ungarischen Botschafter in Berlin sowie in cc an den ungarischen Generalkonsul in Düsseldorf verschickt werden. Er selbst werde sowohl als

Vorsitzender als auch als Abgeordneter unterschreiben. Dass sich die AfD-Fraktion diesem Vorgehen nicht anschließe, müsse sich in dem Text widerspiegeln.

Das weitere Vorgehen bezüglich des Versands werde im Nachgang an die Sitzung besprochen.

Dr. Werner Pfeil (FDP) schlägt den folgenden Text vor:

Der Ausschuss für Europa und Internationales des Landes von Nordrhein-Westfalen hat sich in seiner Sitzung am 27.06.2025 mehrheitlich nachdrücklich für die Achtung der allgemeinen Grund- und Menschenrechte ausgesprochen, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention und in der EU-Grundrechte-Charta für alle EU-Mitgliedstaaten zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger niedergelegt sind.

Der Ausschuss für Europa und Internationales des Landes von Nordrhein-Westfalen fordert daher Ungarn als Mitgliedstaat der Europäischen Union auf, den Katalog der europäischen Grund- und Menschenrechte zu beachten. Dies gilt auch und insbesondere in Hinblick auf die Rechte von Veranstaltern, Teilnehmern und Teilnehmerinnen durchzuführender CSD-Paraden.

Dem von Dr. Werner Pfeil (FDP) formulierten Text bezüglich der Budapest Pride Parade schließen sich die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP an. Die AfD-Fraktion spricht sich dagegen aus.

9 Fachgespräch mit dem Direktor des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel zum Thema „5 Jahre NRW-Büro in Israel – Rückblick und Ausblick“

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Herr Dr. Yaron und Herr Dr. Beier, schön, dass Sie da sind. Ausgangspunkt war eigentlich das Thema „5 Jahre NRW-Büro in Israel – Rückblick und Ausblick“. Mittlerweile haben wir die Themenpalette natürlich ein wenig aktualisiert. Wir sind sehr froh, dass es Ihnen beiden gut geht und dass Sie bei uns sind. Uns interessieren natürlich auch die Situation in Gaza, die Stimmung in Israel und der Krieg mit Iran.

Ich gehe davon aus, dass Sie einen Input mit einer Zusammenfassung der verschiedenen Aspekte geben und uns auch erzählen, wie es den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Büros in Tel Aviv geht.

Ich bin Mitglied des Aufsichtsrates von NRW.Global Business. Wir hatten gestern eine Aufsichtsratssitzung und haben uns erkundigt, wie die Perspektive für uns, das Büro von NRW.Global Business, ist, wie es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geht und wie die Perspektiven generell sind. Da ist aber erst mal alles in Ordnung. Aus der Perspektive von NRW.Global Business ist die Frage, wie viele Aktivitäten wir derzeit noch entwickeln können.

Wir freuen uns sehr, dass Sie da sind. Herr Dr. Yaron, Sie sind auch nicht zum ersten, sondern schon zum zweiten Mal Gast in diesem Ausschuss und berichten uns. Wir sollten das regelmäßig machen, weil die Beziehung zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel, aber auch die Lage in Israel uns als Ausschuss, die Parlamentarier insgesamt und nun natürlich auch breite Teile der Bevölkerung immer wieder beschäftigen.

The floor is yours – bitte schön.

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Schönen guten Morgen. Vielen Dank für die warmen Worte, für das willkommen heißen und für die Einladung, die ich nicht als selbstverständlich erachte. Ich werde auf die letzten fünf Jahre zurückblicken und einen Ausblick auf das, was wir für die Zukunft planen, geben.

Wir müssen zuerst einmal Folgendes festhalten. Das Büro wurde am 1. März 2020 vom damaligen Ministerpräsident Armin Laschet eröffnet, und fünf Tage später wurden Israels Grenzen für zwei Jahre geschlossen. Wir haben seit unserer Eröffnung eigentlich nur rund ein halbes Jahr unter normalen Konditionen arbeiten können. Ansonsten ist der Ausnahmezustand für uns eigentlich die Normalität, sei es der Lockdown wegen Corona, seien es diverse Kriege zwischen Israel und dem Gazastreifen, dem Libanon, sei es der seit 629 Tagen andauernde Krieg gegen die Hamas und andere Verbündete des Irans – das heißt: gegen den Libanon, pro-iranische irakische Milizen, die Huthi-Rebellen – und zuletzt auch der Krieg gegen Iran selbst.

Nichtsdestotrotz ist es uns sehr wichtig, weiterhin und auch in Zukunft daran zu arbeiten, die Zivilgesellschaften von Nordrhein-Westfalen und Israel zusammenzubringen, und zwar zum Wohle beider Bevölkerungen. Es ist mir immer sehr wichtig, das zu

betonen. Wir sind nicht in Israel, um Entwicklungsarbeit zu leisten. Israel ist kein Entwicklungsland; Israel braucht unser Geld nicht. Wir sind dort, um durch unsere Arbeit letztendlich auch den Bewohnern Nordrhein-Westfalens zu nutzen. Dieses zentrale Diktum für unsere Arbeit leitet mich bei all unseren Projekten.

Am 7. Oktober 2023 hat unsere Arbeit natürlich eine tiefe Zäsur erfahren. Wir waren davor endlich mal im Fahrwasser. Wir haben erstmals Normalität in Israel empfunden. Es waren viele Delegationsreisen geplant, mit einem Austausch in beide Richtungen. Der 7. Oktober hat das natürlich jäh beendet. Der von Deutschland nach Israel ausgehende Austausch ist extrem schwierig, da es eine Reisewarnung des Auswärtigen Amtes gibt, die infolge des Krieges mit Iran natürlich nochmals verschärft wurde. Bis vor zwei Tagen gab es nicht die Möglichkeit, während des Krieges nach Israel zu reisen, weil der israelische Luftraum aufgrund der massiven iranischen Raketenangriffe gesperrt war. Seit dem 7. Oktober ist der Teil des Austausches, der von Nordrhein-Westfalen nach Israel ausgeht, eigentlich fast unmöglich geworden.

Wir haben uns dann neu aufgestellt und in relativ kurzer Zeit die Hilfsinitiative „Shalom – Chaveruth: Solidaritätspartnerschaften NRW-Israel“ geschaffen, die heute im Prinzip der Schwerpunkt unserer Arbeit ist. Der Grundgedanke hinter dieser Initiative ist recht einfach.

Wir sagen, dass Israel schwer beschädigt wurde. Im Prinzip leidet der gesamte Staat Israel in erheblichem Ausmaß unter diesem Krieg, selbst die Regionen, die nicht direkt von Raketen betroffen sind. Das sind aber auch nur noch kleine Teile Israels. Selbst Tel Aviv wurde zu einem Hauptziel der Iraner. Auf die Kriegsschäden selbst komme ich gleich vielleicht noch zu sprechen.

Die gesamte israelische Gesellschaft ist betroffen. Überlegen Sie sich das mal: Hunderttausende Reservisten dienen; manche sind jetzt schon mehr als 300 Tage eingezogen. Das sind Familienväter und -mütter; das sind Selbstständige, Angestellte, Wissenschaftler, Unternehmer usw. Wie diese ihr Leben weiterführen, ist sehr schwierig nachvollziehbar.

Die Hilfsinitiative „Shalom – Chaveruth“ hilft beim Wiederaufbau Israels, aber nicht, indem wir Geld geben, sondern indem wir Partnerschaften anbieten – Partnerschaften, die langfristig andauern sollen. Die Grundidee ist, dass sich auf Augenhöhe begegnet wird. Am Ende sollen auch die Partner in Nordrhein-Westfalen von diesen Partnerschaften profitieren. Ich gebe dazu nun einige Beispiele.

Es gibt die Krankenhauspartnerschaft zwischen dem BG Klinikum Duisburg, der Universitätsklinik Essen und dem Ichilov Krankenhaus in Tel Aviv. Wir helfen den Israelis dabei, eine Abteilung für Verbrennungsverletzungen aufzubauen. Die Israelis profitieren dafür von der Expertise am BG Klinikum Duisburg. Es gab schon Austausch: Fachärzte sind nach Duisburg gereist, um sich dort ein wenig ausbilden zu lassen; Krankenschwestern waren für diese Ausbildung vor Ort in Duisburg. In die andere Richtung wird Wissen über digitale Medizin, in der die Israelis weitaus fortgeschrittener als wir in Nordrhein-Westfalen sind, vermittelt. Diese Projekte sollen immer in beide Richtungen wirken.

Wir haben beispielsweise den Austausch zwischen den Feuerwehren in Essen und in Düsseldorf und den Rettungsdiensten in Israel befördert. Der Austausch begann zum Teil schon vor unserer Aktivität und ist darin gemündet, dass sich die Feuerwehr Düsseldorf wahrscheinlich mit einem in Israel entwickelten Einsatzleitungssystem ausrüsten möchte. Die Feuerwehr Düsseldorf ist überzeugt, dass sie damit die modernste Einsatzleitstelle Europas, mit Fähigkeiten, die sonst keine Einsatzleitstelle auf diesem Kontinent hat, haben wird – und das dank des israelischen Know-hows. Wir wollen das mit israelischen Modellen weiterführen.

Ich nenne ein Beispiel. Uns wurde gesagt, dass ein Rettungssanitäter in Düsseldorf im Durchschnitt bis zu 12 Minuten braucht, um zum Einsatzort zu gelangen. In Israel ist in urbanen Gebieten im Durchschnitt innerhalb von 30 Sekunden ein Ersthelfer am Einsatzort, weil die Israelis ein weit gefächertes Netz von Freiwilligen haben. Die Leute sitzen mit Pagern bei der Arbeit, und wenn was passiert, können die tatsächlich innerhalb von 30 Sekunden an dem Ort sein, an dem jemand Hilfe braucht. Das hätten wir bei uns natürlich auch gerne so.

Die Israelis dagegen wollen von uns gerne lernen, wie beispielsweise Rettungseinsätze in Tunneln durchgeführt werden, weil in Israel eine große U-Bahn gebaut wird. Wir haben durch Düsseldorf, Essen und andere Städte Nordrhein-Westfalens große Erfahrungen damit und interessante Konzepte, von denen die Israelis lernen wollen.

Wir haben einen Austausch zwischen Wissenschaftlern der Universität Duisburg-Essen und der Tel Aviv University im Bereich „Erhalt von Gewässern“ gefördert. Dabei geht es darum, dass, bedingt durch den Klimawandel, immer mehr Gewässer in Nordrhein-Westfalen austrocknen. Wie wird mit so etwas umgegangen? Wie wird so etwas geschützt? Wie können diese Dinge gemonitort werden? Damit haben die Israelis sehr viel Erfahrung, weil die Gewässer dort im Prinzip seit der Staatsgründung regelmäßig austrocknen.

Sie sehen also, dass dieses Wissen immer in beide Richtungen gehen soll. Wir helfen zwar den Israelis, dadurch aber auch uns selbst. Das ist der Grundgedanke, und den verfolgen wir in allen Bereichen. Wir haben Austausch in den Bereichen „Jugend“, „Kultur“, „Wissenschaft“, „Sicherheitsdienste“ sowie „Gesundheit“. Ich könnte jetzt noch sehr lange fortfahren.

Wir wollen natürlich auch im Bereich „Wirtschaft“ fördern. Wir haben dabei geholfen, eine Solidaritätspartnerschaft zwischen der Stadt Bochum und der Stadt Sderot auf den Weg zu bringen. Bei dieser geht es um zwei Themen. Das eine ist die seelische Resilienz: Wie können wir Einsatzkräften sowie Therapeuten und Therapeutinnen helfen, mit Traumata als Folge ihrer Erfahrungen umzugehen, nachdem sie mit traumatischen Erlebnissen in Verbindung kommen? Die Israelis haben damit leider Gottes extrem viel Erfahrung, von der wir in Nordrhein-Westfalen profitieren können. Es gibt zwischen Bochum und Sderot einen Austausch zu diesem Thema, aber auch zur Wirtschaft, zu Start-ups.

Es gibt den Versuch, im Bereich „Katastrophenschutz“ eine neue Vertikale aufzubauen, vor allem hinsichtlich Überschwemmungen, mit denen wir in Nordrhein-Westfalen leider Erfahrungen machen mussten. Im wirtschaftlichen Bereich versuchen wir

Start-ups und Stakeholder in Nordrhein-Westfalen zusammenzubringen, um zu diesem Thema neue Vertikalen und neue Kooperationen zu entwickeln.

So viel zu unserer Arbeit.

Zu unserer derzeitigen Arbeitssituation. Für mich unerwartet, befinde ich mich hier. Ich habe ein Angebot der Luftwaffe wahrgenommen, um Israel frühzeitig zu verlassen. Eigentlich wollte ich erst nächste Woche in meinen Sommerurlaub abreisen. Da aber unklar war, ob ich überhaupt herauskomme, habe ich die Gelegenheit genutzt und bin persönlich in den Ausschuss gekommen. Deswegen befindet sich im Augenblick nur eine Mitarbeiterin in Israel. Herr Dr. Beier und eine weitere Mitarbeiterin befinden sich im Augenblick hier; das hat aber viel mit der Sommerpause zu tun.

Ab dem 28. Juli bin ich wieder zurück in Tel Aviv. Wir haben keinerlei Absichten, das Büro zu schließen oder nach Düsseldorf zu verlegen. Ich gehe auf jeden Fall zurück. Die sich derzeit in Düsseldorf befindende Kollegin ist entschlossen, nach Israel zurückzugehen, und eine Mitarbeiterin ist wie gesagt sowieso dort. Das heißt, dass wir unsere Arbeit so fortsetzen.

Herr Dr. Beier ist inzwischen hier in Düsseldorf. Das ist aus meiner Sicht extrem wichtig, weil unsere Arbeit die Vermittlung von Kontakten ist. Deswegen brauchen wir auch jemanden, der für uns hier in Nordrhein-Westfalen die Klinken putzt, Ansprechpartner ist und mit den Partnern unmittelbaren Kontakt aufnehmen kann. Das Reisen ist für mich aufgrund der derzeitigen Lage natürlich weitaus schwieriger. Deswegen ist es sehr gut, dass wir hier in Düsseldorf jemanden haben, der die Arbeit mitauffängt.

Zur Zukunft. Wir werden das Programm „Shalom – Chaveruth“ im kommenden Jahr fortsetzen. Ein weiteres, sehr erfolgreiches Programm heißt „We, the Six Million“. Dieses begann mit einer Initiative der RWTH Aachen, die ein Dokumentationsprojekt über Holocaustüberlebende und Holocaustopfer aus dem Raum Aachen gemacht hat. Es wurde mit einer Ausstellung durch die Schulen Nordrhein-Westfalens getingelt. Die traten an mich heran und fragten, ob sie die nicht auch mal in Israel zeigen könnten. Ich muss Ihnen sagen, dass ich selten so falsch lag wie mit meiner ersten Reaktion auf dieses Projekt. Ich habe mir gedacht: Warum sollten wir ein deutsches Projekt zum Holocaust an israelische Schulen vermitteln? Das ist wie Eis an Eskimos verkaufen, denn die Israelis lernen den ganzen Tag etwas über den Holocaust.

Ich lag selten so falsch. Das Interesse in Israel an dieser Ausstellung ist enorm. Wir haben mit dieser schon Dutzende Schulen besucht. Wir benutzen diese Ausstellung als Ausgangspunkt für neu entstehende Schulpartnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel. Die Jugendlichen machen zuerst einmal gemeinsam in Nordrhein-Westfalen und Israel ein Projekt zum Thema „Holocaust“ und nutzen das aber als Startpunkt für weitere gemeinsame Projekte zu jedem Thema, das sie sich wünschen. Auf diesem Weg sind schon sehr viele neue Schulpartnerschaften entstanden; weitere stehen auf dem Programm. „Shalom – Chaveruth“ soll ebenfalls in viele Richtungen weitergehen. Das haben wir für 2026 geplant.

Langfristig hoffe ich sehr, dass wir im Bereich „Tourismus“ aktiver werden können, wenn erst mal wieder Frieden bzw. Ruhe einkehrt. Israelis reisen sehr gern. Wenige Menschen in Deutschland wissen, dass Deutschland für Israelis aus Berlin, München

und dem Schwarzwald besteht, weil sie kaum etwas anderes kennen. Warum der Schwarzwald? Die einfache Antwort darauf ist, dass der Schwarzwald eine sehr erfolgreiche Werbekampagne in Israel hatte.

(Heiterkeit von Josef Neumann [SPD])

Diese war so erfolgreich, dass Israel für den Schwarzwald vor Corona das zweitwichtigste Herkunftsland von Übernachtungsgästen war – nach der Schweiz.

Ich glaube: Was der Schwarzwald kann, können wir schon lange. Langfristig möchte ich israelische Reisende nach Nordrhein-Westfalen holen, weil ich denke, dass Nordrhein-Westfalen alles zu bieten hat, was Israelis interessiert. Familienreisende hinterlassen relativ viel Geld. Wir haben vieles, was für Israelis attraktiv ist. Ich verspreche mir davon auch interessante sekundäre Effekte, von Investitionen über wissenschaftlichen Austausch, über Jugendaustausche usw. bis hin zu Menschen, die bereit sind, eine Zeit lang hier zu arbeiten und zu leben. Für unsere Start-up-Industrie wäre es sehr interessant, wenn Israelis mit ihrem Hang zur Innovation, zu disruptiver Information verstärkt nach Nordrhein-Westfalen kommen würden, anstatt nach Berlin oder nach München zu gehen.

Stärker auf Kooperationen mit israelischen Unternehmen zu setzen, ist aus meiner Sicht ein weiterer Aspekt, dessen nähere Beleuchtung vor dem Hintergrund der Zeitenwende in Europa und den großen Investitionen, die in verschiedene Sicherheitsbereiche fließen werden, interessant ist. Wir in Nordrhein-Westfalen könnten auch davon sehr profitieren.

Das sind die Ziele, die ich für die nahe Zukunft des Büros setzen würde.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank für Ihren Bericht bis hierhin.

Ich würde die Debatte gern ein bisschen gliedern und zuerst über Ihre Arbeit und das, was Sie gerade berichtet haben, diskutieren wollen. „Israel und Gaza“ würde ich als zweiten Part aufrufen und dann noch eine dritte Schleife zur Situation mit Iran drehen wollen. Dann können wir das ein wenig in Schichten und geordnet diskutieren.

Als Vorsitzender kann ich Ihnen zurückmelden, dass die Rückmeldungen, von denen ich höre, und Wahrnehmungen Ihrer Arbeit, der Arbeit des Büros sehr positiv sind. Ich bekomme viel Feedback – ich bin auf vielen Veranstaltungen und rede mit vielen –, dass sich dieses Büro in den fünf Jahren, die es mittlerweile existiert, etabliert und sich einen guten Ruf erarbeitet hat. Die Rückmeldungen sind positiv. Das wollte ich Ihnen auf jeden Fall mitgeben.

Berlin, München, Schwarzwald: Das ist ja alles schön und gut. Wir als NRW.GLOBAL Business haben manchmal dasselbe Problem. Wenn man irgendwo auf der Welt ist, zum Beispiel auf den Philippinen, und von NRW spricht, fragen die Leute alle: NRWat? – Deswegen hatten wir mal die Kampagne: NRWat. Es gibt also schöne Ansätze, wie man NRW in der Welt als interessant vermarkten kann.

Der Bereich „Defense“ wird angesichts der Weltlage und dessen, was die NATO gerade beschlossen hat, zukünftig natürlich in allen Beziehungen eine andere Rolle

spielen. Insofern ist es logisch, dass gerade mit Israel in diesem Bereich noch mehr Verbindungen gesucht werden.

Ein wichtiger Punkt bei uns im Ausschuss – ich will den Wortmeldungen der Kolleginnen und Kollegen aber auch nicht zu sehr vorgreifen – sind immer die Städtepartnerschaften. Was können wir mehr tun? Wie ist gerade die Lage? Könnten Sie dazu aus Ihrer Perspektive etwas sagen und dabei auch etwas zu Schulpartnerschaften und dem Jugendaustausch ergänzen?

Frank Jablonski (GRÜNE): Dr. Yaron, Dr. Beier, vielen Dank dafür, dass Sie hier sind. Die Zeiten sind extrem herausfordernd, aber das muss ich Ihnen nicht erklären. Wir werden gleich bestimmt noch auf die ganzen verschiedenen komplexen Sachverhalte zu sprechen kommen, die sicherlich gerade für Sie, für die, die vor Ort sind, extrem belastend sind.

Ich war selbst in Israel. Ich habe in der Ukraine einen Luftalarm mitbekommen. Trotzdem kann ich aber nicht mal im Ansatz nachvollziehen, wie es ist, in der derzeitigen Situation in der Region zu leben. Deswegen danke ich Ihnen noch mal ganz herzlich dafür, dass Sie hier sind. Schön, dass Sie unbeschadet hier sind!

Ich habe zwei konkrete Fragen. Den Schwerpunkt Ihrer Erläuterungen bildeten vor allem der wirtschaftliche Bereich sowie verschiedene andere Projekte. Über die kulturelle Zusammenarbeit haben Sie nicht so viel gesprochen. Für diese gibt es in NRW einige große Player, beispielsweise die Kunststiftung NRW, die mit Residencies etc. pp. vertreten ist, viele große Museen, Theaterfestivals. Könnten Sie zu Ihrer Arbeit oder der Zusammenarbeit diesbezüglich etwas sagen, auch vor dem Hintergrund, dass es im Kulturbereich im Moment ebenfalls eine komplexe und spezielle Diskussionsituation gibt? Ich glaube nach wie vor, dass Kultur und Kunst zwei der der Hauptmöglichkeiten für Dialog, für das Finden neuer Antworten auf alte, schwierige Fragen sind.

Die zweite Frage ist in der Tat zu Städtepartnerschaften. Ich komme aus Köln, und Köln ist die Partnerstadt von Tel Aviv. In Tel Aviv weiß das, glaube ich, absolut niemand. Ich glaube, dass alle Menschen in Tel Aviv denken, Berlin wäre ihre Partnerstadt.

(Heiterkeit)

Das ist nicht korrekt. Wir in Köln sind Teil der trilateralen Städtepartnerschaft „Köln – Tel Aviv-Yafo – Bethlehem“. Sind Sie irgendwie an der Organisation beteiligt? Funktionieren diese trilateralen Partnerschaften im Moment noch, oder wurden die komplett auf Eis gelegt?

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Vielen Dank für Ihre Frage. Sie haben natürlich absolut recht damit, die Arbeit in der Kultur anzubringen. Die habe ich womöglich am seltensten erwähnt, obwohl sie ein ganz wichtiges Standbein unseres Büros ist. Wir haben eine eigene Entsandte des MKW bei uns, die sich um den

Austausch in den Bereichen „Wissenschaft“ und „Kultur“ kümmert. Ich habe das wirklich sträflicherweise unterschlagen; das muss ich zugeben.

Ich nenne Ihnen ein kurzes Beispiel für das, was wir in diesem Jahr im Bereich „Kultur“ gemacht haben, und gebe einen kurzen Rückblick. Das MKW stellt dem Büro jedes Jahr 50.000 Euro für Kulturprojekte zur Verfügung, die direkt von der Kollegin verwaltet werden. Hier im Landtag war zum Beispiel die Ausstellung „Humans of October 7th“ von Erez Kaganovitz – ein israelischer Fotograf, der die Überlebenden des 7. Oktober fotografiert hat – zu sehen. Diese wurde später dann auch noch in nordrhein-westfälischen Schulen gezeigt – mit Herrn Kaganovitz, der mit Schülerinnen und Schülern in einen Austausch getreten ist. Die soll jetzt im Juni wiederholt werden.

Nadia Migdal nimmt als Teil einer Koproduktion am asphalt Festival, welches in Düsseldorf stattfinden wird, teil. Im April haben die Ruhrfestspiele Recklinghausen in Akko, Israel, die Theaterperformance DIBBUK aufgeführt. Das ist ein altes hebräisches Stück, das in den 20er-Jahren verfasst und jetzt zwischen den Eskalationen – so kann man das sagen – neu aufgeführt wurde. Kunstschaffende aus Israel hatten in Köln die Ausstellung „Act of Change“. Nordrhein-westfälische Filme haben an der Docaviv in Tel Aviv teilgenommen. Es gibt noch viele andere Dinge im Bereich „Kunst und Kultur“, beispielsweise auch die Zusammenarbeit von Schulen.

Es gibt eine Zusammenarbeit, die sich verselbstständigt hat. Wir haben den Kontakt zwischen der Fachhochschule Düsseldorf und der Bezalel Academy of Arts and Design hergestellt. Das war so erfolgreich, dass die inzwischen schon seit zwei Jahren allein zusammenarbeiten, ohne uns zu informieren. Vor drei Monaten haben wir zufällig gehört, dass sie die ganze Zeit weiter zusammengearbeitet und auf uns überhaupt nicht mehr zurückgegriffen haben. Das ist für uns natürlich der ideale Fall.

Im Bereich „Kultur“ waren wir sehr stark unterwegs, auch im Rahmen von „Shalom – Chaveruth“. Wir haben Masterclasses von Musikern mit Schülern und Schülerinnen mitgefördert. Das größte Musikereignis in Israel im Jahr 2022 war eine Aufführung der Partnerstädte Richon LeZion, Münster und Lublin, die im Opernhaus in Tel Aviv mit über 200 Musizierenden die 2. Sinfonie von Mahler aufgeführt haben. Das war in dem Jahr die größte Musikveranstaltung in Israel. Bei dieser konnten wir NRW prominent platzieren. Kultur spielt bei uns also eine sehr wichtige Rolle.

Städtepartnerschaften sind für uns sozusagen das Gerüst, auf das wir aufbauen, an das wir uns anlehnen. Eine Städtepartnerschaft wie die zwischen Köln und Tel Aviv war beispielsweise der Ausgangspunkt für die inzwischen sehr gut funktionierende Partnerschaft zwischen der ifs Internationalen Filmhochschule Köln und dem Sapir College in Sderot. Da haben wir sozusagen eine Dreieckspartnerschaft hergestellt. Im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Münster arbeiten wir sehr viel zusammen, auch im Rahmen von der zwischen Düsseldorf und Haifa. Das alles sind Städtepartnerschaften, an die wir uns anlehnen, die wir nutzen.

Die Situation ist im Augenblick wie folgt. Es gibt inzwischen 29 Städtepartnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel. Es ist uns gelungen, zwei Solidaritätspartnerschaften herzustellen, die jetzt mit Leben gefüllt werden. Die eine besteht zwischen Bochum und Sderot und die zweite zwischen Lemgo und der Stadt Kirjat Schmona an

der libanesisch-israelischen Ganze. Hintergrund der zweiten Städtepartnerschaft ist, dass Lemgo in Nordrhein-Westfalen der zweitwichtigste Standort für Food-Tech ist und Kirjat Schmona das Food-Tech-Hub von Israel werden soll. Daher haben wir diese beiden Städte zusammengebracht. Das wird jetzt in einer ersten Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, der TH OWL in Lemgo und dem Tel-Hai College bei Kirjat Schmona, das bald eine Universität werden wird, münden. Wir wollen auch weitere Schulpartnerschaften usw.

Städtepartnerschaften sind für uns also enorm wichtig. Wir wollen dazu führen, dass die weiter belebt werden. Wir träumen immer noch davon, dass Duisburg und die Stadt Aschdod in einen intensiveren Austausch treten, einzig und allein, weil Aschdod den größten Hafen in Israel und Duisburg den größten Inlandshafen der Welt hat. Wir glauben, dass es allein schon vor diesem Hintergrund erhebliche wirtschaftliche Interessen dafür gibt, sich auszutauschen. Wir arbeiten daran, aber ich glaube, dass es da noch Luft nach oben gibt. Entweder lehnen wir uns an Städtepartnerschaften an oder wir bahnen sie an und versuchen, sie zu intensivieren.

Dr. Nikolaj Beier (Stellvertretender Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Gleichzeitig befinden wir uns natürlich in einer Situation – das muss ich Ihnen, glaube ich, nicht erklären –, in der das alles nicht einfach ist. Unsere Partner im Kulturbereich sind momentan mit am zurückhaltendsten. Bei diesen muss viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Das gleiche gilt auch für Städtepartnerschaften sowie den schulischen und außerschulischen Austausch. Die direkte Begegnung krönt die Partnerschaften und die Austausche, und die war – das hat Herr Dr. Yaron gerade geschildert – in den letzten Jahren eben sehr schwierig. Es müssen Alternativangebote gefunden werden, damit diese Partnerschaften aufrechterhalten bleiben und wieder aufblühen können, wenn in sehr naher Zukunft der direkte Kontakt hoffentlich wieder möglich sein wird.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Meine Patentante kam aus Lemgo. Zugegebenermaßen bin ich ein bisschen überrascht, dass das der Food-Tech-Hotspot ist.

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Der zweitwichtigste.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Der zweitwichtigste Food-Tech-Hotspot – gut, man lernt nie aus.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Da gibt's ja auch einen Kausalzusammenhang!)

– Vielleicht – Gott hab sie selig – hat sie da noch segensreich gewirkt.

Aber ohne Flachs: Könnten Sie noch zwei Sätze dazu sagen, was genau wir unter Food-Tech zu verstehen haben? In Israel ist das, glaube ich, sehr von Start-ups getrieben – Stichwort „Sustainability“ usw. Wir als Ausschuss haben uns auf unserer Reise nach Piemont, nach Turin in Italien zum Beispiel auch eine Universität angeschaut, die uns

sehr beeindruckt hat und von der Slow-Food-Bewegung getragen wird. Slow Food und Food-Tech sind aber, glaube ich, zwei Paar Schuhe. Vielleicht sagen Sie dazu noch drei Sätze.

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Food-Tech müssen wir uns wie folgt vorstellen. Eine der wichtigsten bzw. der größten Herausforderungen für die Zukunft der Ernährung der Menschheit ist es natürlich, eine klimaneutrale Versorgung mit Proteinen sicherzustellen. Das heißt, dass wir nicht alle landwirtschaftlichen Flächen dafür nutzen können, Kühe, Schweine und Hühner zu züchten und damit den Proteinbedarf der Menschheit zu decken. Der heilige Gral ist das im Labor gezüchtete Steak – sagen wir es mal so –, also wie mit Zellkulturen oder auf andere Art und Weise, beispielsweise mit Insekten, genügend Proteine hergestellt werden können.

Food-Tech hat viel mit innovativer Landwirtschaft zu tun. Wie benutzt man beispielsweise Hydroponik, bei der keine Erde gebraucht wird, sondern Pflanzen in Rohren gezüchtet werden, in diesen wachsen? Wie benutzt man weniger Pestizide, weniger Wasser? Wie braucht man weniger Energie, um Sachen heranzuzüchten? All das hat mit Food-Tech zu tun. Das geht natürlich bis hin zur Gentechnologie: Wie verbessere ich die Pflanzen selbst oder die Tiere, die ich züchte und halte?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Vielen Dank, jetzt können wir alle uns, glaube ich, besser vorstellen, worum es geht.

Sven Werner Tritschler (AfD): Ähnlich wie der Kollege gerade habe ich eine Frage zum kulturellen Bereich. Haben Sie ein paar erfolgreiche Beispiele für Zusammenarbeit im Start-up-Bereich „Digitalisierung“? Unter anderem das ist mein Fachgebiet. Könnten Sie uns dazu ein paar Beispiele nennen? Ich höre so heraus, dass vieles kriegsbedingt wahrscheinlich zum Erliegen gekommen ist.

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Da erwischen Sie mich genau an der Schwachstelle. Es gibt ja ein Abkommen zwischen NRW.GLOBAL Business und dem Büro – sprich: der Staatskanzlei –, welches Ihnen vielleicht auch bekannt ist. Es wurde von NRW.GLOBAL ein Business-Scout in Tel Aviv eingerichtet, bevor das Büro gegründet wurde. Nachdem das Büro eröffnet wurde, wurde die Arbeit zwischen uns und NRW.GLOBAL Business bzw. den Deutschen Auslandshandelskammern – dort ist diese Stelle in Tel Aviv angedockt – aufgeteilt.

Die Arbeit des Büros in Israel fällt unter G2G und B2G, also das Herstellen der Beziehungen „Government-to-Government“ und „Business-to-Government“. Alles, was mit B2B zu tun hat, also der Beziehung „Business-to-Business“ – das heißt: israelische Firmen nach Nordrhein-Westfalen zu bringen; nordrhein-westfälischen Firmen den Kontakt zu Israel erleichtern –, liegt bei NRW.GLOBAL Business. Das liegt also nicht im Aufgabenbereich des Büros.

Eines der besten Beispiele, ein Paradebeispiel zur Digitalisierung im Bereich „G2G“ oder „B2G“ ist beispielsweise, was die Feuerwehr Düsseldorf macht. Diese kauft das israelische System von Magen David Adom, MDA, des israelischen Rettungsdienstes, damit die Einsatzleitung hier viel besser läuft. Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel, was diese neue Einsatzleitung der Feuerwehr Düsseldorf ermöglichen wird und wie die Versorgung der Bürger in Düsseldorf dadurch verbessert wird.

Das israelische System funktioniert per AI. Der Anruf eines Hilfesuchenden in der Zentrale wird automatisch digital mitgeschrieben und analysiert. Der Wagen, der dort hinfahren soll, wird dann festgelegt. Wenn hier in Düsseldorf ein Rettungswagen zu jemandem geschickt wird, der sich die Hand gebrochen hat, und drei Häuser weiter dann auf einmal jemand einen Herzinfarkt hat, können wir diesen Rettungswagen im Augenblick nicht umlenken. Stattdessen wird für den Mann mit dem Herzinfarkt ein neuer Rettungswagen rausgeschickt, auch wenn der andere Rettungswagen nur noch eine Minute entfernt ist. Die Israelis machen die Umleitung automatisch. Der Rettungswagen wird automatisch zu dem dringenderen Fall umgeleitet, und ein neuer Rettungswagen zu dem Mann, der sich die Hand gebrochen hat und dann notfalls noch zehn Minuten länger wartet, geschickt. Das sind Sachen, die das neue System in Düsseldorf ermöglichen wird. Das ist ein Beispiel für die Digitalisierung.

Sie ermöglicht beispielsweise auch etwas, was in Israel automatisch geschieht. Wenn es irgendwo einen großen Bedarf an Rettungswagen gibt – den gibt es zum Beispiel, wenn eine Rakete eingeschlagen ist und 40 Rettungswagen dorthin fahren –, dann sind ja gewisse Gebiete nackt, also ohne Rettungswagen. In Israel werden dann die Rettungswagen der ganzen Nation automatisch neu verteilt, damit kein Gebiet ohne Abdeckung ist. Das können wir hier noch nicht. Das wird der Einbau des israelischen Systems in Düsseldorf ermöglichen, und damit wird Düsseldorf zum Frontrunner für diese Sachen. Das ist ein Beispiel für Digitalisierung.

Wir schauen natürlich noch auf viele andere Sachen, beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern. Bei Corona haben wir Folgendes gesehen. Unter anderem weil die Israelis voll digitalisierte Krankenakten haben, und das schon seit etwa zwei Jahrzehnten, haben sie als Erste die Impfstoffe bekommen. Denn die Firmen, die die Impfstoffe hergestellt haben, erhofften sich, die besten Daten aus Israel zu erhalten, weil sie Zugang zu allen Patientendaten bekommen. Deswegen ist das Start-up-Umfeld zu Digital Health so weit entwickelt. Davon verspricht sich beispielsweise das Universitätsklinikum Essen große Vorteile, weil es in Essen einen der größten Datensätze mit Patientendaten in Europa gibt. Durch die Zusammenarbeit mit israelischen Start-ups erhoffen wir uns viele Vorteile für Nordrhein-Westfalen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich merke an, dass ich Abgeordneter aus Düsseldorf bin.

(Heiterkeit von Frank Jablonski [GRÜNE])

Ich finde, dass das ganz gut klingt und mir ein noch besseres Lebensgefühl gibt. Aber dass wir hier in Düsseldorf natürlich Frontrunner sind, weiß ich schon länger.

Josef Neumann (SPD): Herzlichen Dank, Herr Dr. Yaron und Herr Dr. Beier. Ich habe in dieser Runde erst mal nur zwei kurze Fragen.

Zur Organisation des Büros. Wie kommen die Themen zustande? Wie geht es mit den Themen von Ihnen aus dann weiter? Wie sieht die Schnittstelle zwischen Einzelnen aus? Ist das eher – ich sage es jetzt mal so – ein Zufallsprodukt, weil sich Menschen, Institutionen, Städte, oder wer auch immer, für etwas interessieren, oder welchen Ansatz gibt es dafür, so etwas zu machen?

Der zweite Punkt, der mich interessiert: Gibt es in diesem Verfahren so etwas wie ein Beteiligungsgremium oder so, das an den Themen, der Strukturierung mitwirkt?

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Unsere Themensetzung wird maßgeblich durch unsere Hausspitze definiert und bewilligt. Kein anderes Gremium außer der Hausspitze nimmt daran teil. So viel zu Ihrer zweiten Frage.

Wie kommen diese Themen und Partnerschaften zustande? Unsere Aufgabe ist es, auf beiden Seiten die Bedürfnisse auszumachen. Ich glaube, dass unsere Hausspitze dabei auf die Expertise unseres Teams setzt, darauf, dass wir versuchen, diese Bedürfnisse zu erkennen. Wir sind ja ein ganz neu gegründetes Büro und müssen uns erst mal einen Namen machen. Daran arbeiten wir noch; wir haben also noch viel Arbeit. Ich habe mal gesagt: Die Israelis haben über 30 Jahre, 40 Jahre gelernt, was BMW ist, und müssen jetzt langsam lernen, was NRW ist.

Wir erhalten mittlerweile verstärkt Anfragen aus Nordrhein-Westfalen und auch aus Israel. Das meiste, was wir machen, ist aber Kaltakquise. Wir gehen auf Leute zu und sagen: „Wir kommen aus NRW“, und dann erklären wir erst mal, was NRW ist. Danach sagen wir: Wir glauben, dass wir eine gute Partnerschaft zwischen euch und jemand anderem herstellen können.

Inzwischen haben wir aber eine gewisse name recognition erreicht. Ich habe beispielsweise nicht erwähnt, dass schon während der Coronapandemie eine enge Zusammenarbeit mit dem Council for Conservation of Heritage Sites in Israel, der Denkmalschutzgesellschaft in Israel, begonnen hat. Wir haben während der Coronapandemie drei Internetkonferenzen mit mehr als 400 teilnehmenden Architekten und Architektinnen aus Nordrhein-Westfalen und Israel ausgerichtet. Inzwischen ist der Bekanntheitsgrad Nordrhein-Westfalens in Israel so groß, dass Delegationen auf ihren Reisen nach Europa fast immer einen Stopp in NRW machen wollen – hauptsächlich wegen unseres Industrieerbes und der Architektur sowie unseres Umgangs damit.

Die Zusammenarbeit mit der Emschergenossenschaft wird immer enger.

All das sind Themen, zu denen wir inzwischen Anfragen aus Israel erhalten, weil jemand in dem Bereich gerne noch mehr machen würde. Wir haben beispielsweise auch eine Reise zum Thema „Umwelt“ durchgeführt. Wir haben mit Vertretern der größten Mülldeponie Israels – diese ist für den Großraum Tel Aviv zuständig – eine Bildungsreise durch Nordrhein-Westfalen gemacht und denen verschiedene Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen gezeigt. Das ist jetzt darin gemündet, dass mehrere Bürgermeister aus dem Umkreis von Tel Aviv noch mal nach Nordrhein-Westfalen kommen wollen,

um sich hier verschiedene Lösungen anzugucken und diese womöglich auch in Nordrhein-Westfalen einzukaufen. Die fahren wahrscheinlich im August nach Nordrhein-Westfalen, um sich die Müllverbrennungsanlage in Solingen und weitere solcher Anlagen im Land anzuschauen.

Das heißt also, dass wir langsam name recognition bekommen. Wir als Haus erhalten mehr Anfragen. Das meiste läuft aber wirklich über Klinkenputzen und Kaltakquise. Ich würde sagen, dass wir dabei eine ähnliche Erfolgsrate wie Start-ups haben: Wenn wir bei zehn Personen versuchen, ein Projekt anzustoßen, steht am Ende ein erfolgreiches Projekt. Als erfolgreich beschreibe ich eines, das nicht nur einmal stattfindet, sondern eines, bei dem Interesse an weiterer Arbeit besteht. Die Erfolgsrate liegt also etwa bei 10 %, würde ich sagen. Das ist zwar viel Arbeit, ich glaube aber, dass es leichter wird, je mehr wir machen – ich sage es mal so.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Ich finde es immer interessant, welche Kontakte es gibt. Ich bin zum Beispiel über das Thema „Denkmalschutz“ zu einem Kontakt mit dem Büro der damaligen Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen für Städtebau, Wohnungswesen und Agrarordnung, LEG NRW, in Verbindung mit Lemberg gekommen. Die Gedankengänge sind manchmal interessant.

Ich würde gerne mehrere Fragen an Sie richten. Wie viele Kundenkontakte haben Sie insgesamt, jenseits von Israel und Deutschland? Wie viele Projekte generieren Sie daraus im Jahr? Ist die Entwicklung durch die Brutalität der Hamas abgebrochen? Ist sie intensiviert worden? Gibt es verstärkt Nachfragen, oder gibt es größere Zurückhaltung? Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt. Auf einer Reise in den Libanon habe ich in Beirut gelernt, dass die Insel Zypern für Start-ups eine immer größere Rolle spielt, weil Venturecapital-Gesellschaften, also die Geldgeber, nicht in den Libanon kommen. Die gehen dann über Zypern. Das kann heute ja alles organisiert werden: Die schreiben halt nicht Beirut in die Adresse, sondern Nikosia. Für die Start-ups sei das total wichtig.

Meine Frage zielt darauf ab – es gibt eine Universität in Beirut, die Start-ups fördert –, ob es Kontakte zwischen den sehr aktiven Start-up-Szenen im Libanon und in Israel gibt. Gibt es zwischen diesen über Zypern Verquickungen, oder gibt es die womöglich sogar bilateral? Denn eine solche Verquickung wäre vielleicht auch eine Möglichkeit, in die Beziehung dieser beiden Länder, die es ja, vorsichtig formuliert, nicht einfach miteinander haben – aus der ehemaligen Schweiz des Nahen Ostens, wie der Libanon früher genannt wurde, ist ja etwas Furchtbares geworden –, einen ganz anderen Aspekt einzubringen. Gibt es solche Dinge? Gibt es diese Verquickungen, und, falls ja, spielt dabei auch das Büro eine Rolle?

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Ich beginne mit Ihrer zweiten Frage, weil die einfacher zu beantworten ist. Die kurze Antwort lautet: Nein. Die lange Antwort ist, dass jemand, von dem im Libanon bekannt wäre, dass er Kontakte mit Israel hat, sein Leben gefährden würde.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Deswegen über Nikosia!)

– Auch wenn eine libanesische Firma über Zypern mit Israel Kontakte hätte, und das würde bekannt, wäre dies für jemanden aus dem Libanon lebensgefährlich. Insofern ist mir über solche Kontakte überhaupt nichts bekannt.

Das gilt ja selbst für Ägypten. Überlegen Sie sich das mal: Israel hat mit Ägypten seit 1979 einen Friedensvertrag, aber alles, was eine Normalisierung der Beziehung mit Israel bedeuten könnte, ist in Ägypten völlig verpönt. Das heißt, dass auch die Zusammenarbeit zwischen der ägyptischen Zivilgesellschaft und Israel im Prinzip nicht existent ist, weil sie von weiten Kreisen der ägyptischen Bevölkerung weiterhin kategorisch abgelehnt wird. Die Zusammenarbeit zwischen Ägypten und Israel ist auf das Sicherheitsestablishment und auf Regierungskreise beschränkt. In der Satzung der Egyptian Bar Association, der ägyptischen Anwaltskammer, steht beispielsweise, dass keine Kontakte zu Israel gepflegt werden dürfen. Das gilt auch für Ärzte und andere Bereiche. In Jordanien ist das ähnlich.

Normalität in israelisch-arabischen Beziehungen gibt es eigentlich nur im Zusammenhang mit den Abraham Accords, hauptsächlich in der Beziehung zu den Vereinigten Arabischen Emiraten und in verringertem Ausmaß in der zu Marokko. Da könnte man so etwas herstellen. Das hat sich infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen, der Ereignisse im Gazastreifen, über die wir gleich noch sprechen werden, aber erheblich abgekühlt.

Mit dem Libanon ist so etwas im Augenblick noch völlig undenkbar. Ich würde das für die Zukunft zwar nicht ausschließen, dazu muss es im Libanon aber noch zu erheblichen politischen Veränderungen kommen, bevor so etwas für die Menschen dort möglich wird, ohne dass sie dabei ihr Leben gefährden.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Wohl wahr!)

Es fällt mir schwer, die Kundenkontakte zu beziffern. Im Rahmen von „Shalom – Chaveruth“ hatten wir letztes Jahr zwölf Projekte. In diesem Jahr sind bis jetzt sieben, acht Projekte angebahnt, jedes mit ein bis zwei Partnern in Nordrhein-Westfalen. Im Kunstbereich hatten wir in diesem Jahr bis jetzt sechs Projekte. Zwei weitere sind aufgelegt. Zum Projekt „We, the Six Million“ kenne ich die Anzahl der Schulen nicht.

Dr. Nikolaj Beier (Stellvertretender Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Wenn wir die aus unseren fünf Jahren zusammennehmen, liegen wir im Durchschnitt momentan bei, wenn ich vorsichtig bin, 20 Projekten – plus, minus. Wenn ich positiver bin, würde ich sagen, dass wir bei zwei Dutzend liegen.

Aufgrund des 7. Oktobers ist mit Sicherheit ein Ungleichgewicht entstanden. Man merkt sehr stark, dass die israelischen Partner an Kontakten, an Zusammenarbeit noch interessierter sind, weil andere Partner weggebrochen sind, und dass aus verschiedensten Gründen von europäischer, von deutscher, von nordrhein-westfälischer Seite eher Zurückhaltung vorliegt. Ich glaube, dass man momentan mehr auf der europäischen, auf der deutschen, auf der nordrhein-westfälischen Seite graben, Werbung machen und motivieren muss als auf der israelischen Seite.

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Ich unterstreiche das, was Herr Beier gesagt hat, noch: Es ist durchaus schwieriger geworden, diese Projekte zu machen. Am nachvollziehbarsten ist natürlich, dass Leute besorgt sind, ob sie nach Israel kommen. Die sprechen von Schwierigkeiten. Es ist sehr schwierig, ein Projekt mit Israel zu planen, weil man nie weiß, ob der Luftraum gesperrt sein wird oder nicht. Damit fängt es schon an.

Im kulturellen Bereich gibt es aber einen zunehmenden Boykott israelischer Einrichtung bzw. etwas, was die Israelis als Boykott empfinden, oder Unwillen, mit Israelis zusammenzuarbeiten. Den gibt es auch im wissenschaftlichen, also im akademischen, Bereich. Eine größer werdende Sorge der Israelis ist, dass sie immer mehr isoliert werden. Wir merken auch in unserer Arbeit, dass die Zurückhaltung größer und der Wunsch, mit Israel zusammenzuarbeiten, schwächer wird.

Frank Jablonski (GRÜNE): Ich habe eine kurze Anmerkung zum Boykott im Kulturbereich. Sie haben das Thema gerade angesprochen.

Ich bin kulturpolitischer Sprecher meiner Fraktion und möchte Ihnen an dieser Stelle ganz ausdrücklich versichern, dass die Landesregierung irgendeine Art von Boykott weder unterstützt noch legitimieren lässt oder Ähnliches. Im Gegenteil: Wir werben in der Kunst- und Kulturszene NRWs sehr aktiv für eine Zusammenarbeit. Das ist ein Themenbereich.

Zudem haben wir hier in Nordrhein-Westfalen auf einen weiteren Themenbereich ein sehr waches Auge, nämlich auf jede Art anti-israelischer, antisemitischer Äußerungen etc. pp. Ich betone aber auch, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen und nicht in Berlin sind. Wir ticken anders. Es gibt auch eine hohe Übereinstimmung unter den demokratischen Fraktionen, dass wir bei genau diesem Kurs bleiben werden. Es war mir wichtig, das für diesen Bereich kurz zu betonen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Wir kommen nun zum Themenkomplex „Gaza“. Herr Dr. Yaron, Sie haben schon erläutert, dass der 7. Oktober, der brutale und mörderische Überfall der Hamas auf Israel, für Israel natürlich ein tiefer Einschnitt war. Der israelische Premierminister Netanjahu hat das sehr schnell als Kriegserklärung, als Krieg gegen Israel definiert, und die israelische Armee ist dann in Gaza einmarschiert.

Die Geiseln, die die Hamas noch immer in ihren Händen hält, bewegen uns alle fast täglich. Draußen am Treppenhaus hängt immer noch ein großes Banner mit dem Spruch „Bring them home now“. Vorher hingen dort Bilder der Gesichter aller Geiseln; durch die Entwicklungen hängt dort jetzt aber das Banner. Es sind noch nicht alle wieder frei und zurück; vieles ist noch unklar.

Uns erreichen immer mehr Bilder aus dem Gazastreifen, die eine unfassbare Zerstörung dokumentieren. Wir erfahren etwas über die hochdramatische humanitäre Lage in Gaza. Ich treffe im Landtag keine Schulklasse, die das nicht zum Tophema macht, weil die das alle auf ihren TikTok-Kanälen sehen und sich fragen, ob das mit dem

Selbstverteidigungsrecht Israels eigentlich noch zu legitimieren ist. Das ist hier jetzt einfach eine Debatte.

Die Verteilung der humanitären Güter wurde privatisiert, was auch viel Kritik hervorruft. Bei der Verteilung gibt es immer wieder Todesfälle. Es stehen jetzt natürlich gewisse Fragen im Raum. Wo soll das hinführen? Wie geht es weiter? Warum ist die Situation so?

Es gab in Israel auch große Demonstrationen gegen die Regierung Netanjahus.

Lange Rede, kurzer Sinn: Beschreiben Sie uns die Situation bitte mal aus Ihrer Perspektive. Wie könnte eine Perspektive denn überhaupt aussehen? Wie lautet denn am Ende des Tages das Ziel der israelischen Regierung? Wenn Sie uns dazu eine Einschätzung geben könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Ich kann Ihnen alles außer eine Lösungsperspektive bieten. Wenn ich die hätte, wäre ich wahrscheinlich nicht der Leiter des Büros in Israel, sondern würde einen anderen Posten anstreben.

Ich beginne mit den offiziell deklarierten Zielen der israelischen Regierung und werde dann versuchen, die Problematik dahinter ein bisschen zu skizzieren.

Premierminister Netanjahu hat von Anfang an zwei Ziele erklärt. Das eine Ziel ist, die Freilassung aller Geiseln auf jedem möglichen Weg zu erreichen. Das zweite Ziel ist, die Hamas als Struktur, als Organisation und als Machthabende im Gazastreifen zu zerschlagen. Das Problem ist, dass es den meisten Israelis als unmöglich erscheint, diese beiden Ziele gleichzeitig erreichen zu können.

Der Hintergrund ist, dass die Hamas die israelischen Geiseln natürlich als Faustpfand behält und ihre Forderung sehr, sehr konsequent verfolgt. Sie sagt: Ihr kriegt die Geiseln nur, wenn ihr uns versprecht, dass ihr uns nicht weiter bekämpft, damit wir als Organisation überleben können.

Das ist aus israelischer Sicht ein non-starter, weil die Israelis sagen: Sollte die Hamas als intakte Struktur und als machtbeflussende oder -habende Struktur im Gazastreifen überleben, ist der erste Tag des Waffenstillstands eigentlich auch der erste Tag des Countdowns für den nächsten Krieg.

Denn die Hamas hat ihr Ziel – die Vernichtung Israels – nicht verändert und wird davon nicht ablassen. Die Israelis wiederum haben aus diesem Krieg, glaube ich, eine Sache gelernt: Wenn jemand öffentlich sagt, er wolle dich vernichten, und das wiederholt, dann meint er es wahrscheinlich auch so und wird irgendwann dahin gehend agieren. Das ist auch der Hintergrund für den israelischen Schlag gegen Iran. Dieser ist in vielerlei Hinsicht bzw. eigentlich in fast jeder Hinsicht eine direkte Konsequenz des 7. Oktober.

Ich glaube, dass nur knapp eine Handvoll Geiseln – ich meine, dass es acht oder neun sind; ich schließe dabei Leichen von Geiseln mit ein – durch israelische Militäraktionen freigegeben sind. Alle anderen bisher freigelassenen Geiseln sind durch einen Deal mit der Hamas freigegeben. Die Hamas wird aber keinem Deal zustimmen, der nicht

das Ende des Krieges bedeutet und der quasi den Gang der Hamas-Führung ins Exil sowie eine Entwaffnung der Hamas vorsieht.

Die Frage ist also: Wie können die Geiseln befreit und die Hamas zerschlagen werden? Die meisten Israelis sagen heute: Wir wollen, dass die Geiseln freikommen, und mit der Hamas können wir uns morgen beschäftigen. Die wird den Waffenstillstand sowieso irgendwann verletzen, und dann können wir ja noch mal reinhauen, wenn wir wollen. – Netanjahu ist dazu nicht willens. Das hat laut Schätzungen aus der israelischen Szene auch viele innenpolitische Gründe. Schon Abba Eban, der berühmte israelische Außenpolitiker der 50er- und 60er-Jahre und ehemalige Außenminister, sagte: In Israel gibt es keine Außenpolitik; es gibt nur Innenpolitik.

Netanjahus Regierung basiert auf einer Koalition mit zwei Parteien, die extrem rechts stehen, die extrem nationalistisch sind und die am liebsten den Gazastreifen wiederbesiedeln und den Krieg dort vielleicht gerne als eines der Instrumente dafür nutzen würden. Die beiden Parteien würden ein Ende des Krieges im Gazastreifen nicht tolerieren, sodass Netanjahus Koalition auseinanderbrechen würde. Weil er auch nach aktuellen Umfragen die nächste Wahl wohl verlieren würde, hat er laut vieler Israelis wahrscheinlich ein Interesse daran, den Krieg im Gazastreifen so lange wie möglich hinauszuziehen.

Das führt zu einer sehr tiefen Spaltung der israelischen Gesellschaft, weil dieser Krieg Israel einen enormen Preis abverlangt. Viele Israelis, mit denen man spricht, sagen: Ich verstehe wirklich nicht, was wir im Gazastreifen eigentlich noch machen. Wir bekommen die Geisel nicht frei. – Im Rahmen der zweiten Offensive namens „Streitwagen Gideons“, die seit mehreren Wochen läuft, sind inzwischen mehr Soldaten gefallen als es lebende Geiseln im Gazastreifen gibt. Die Israelis fragen: Wo bleibt hier die Kosten-Nutzen-Rechnung; was haben wir noch davon?

Ich werde direkt das dritte Thema einbinden, über das wir heute sprechen. Im Augenblick ist in Israel der Optimismus groß, dass der als sehr deutlich empfundene Sieg über Iran im Zwölfstagekrieg, den wir jetzt mitgemacht haben, die Wahrscheinlichkeit für einen Waffenstillstand in Gaza deutlich erhöht. Netanjahu ist in Israel derzeit der Mann des Sieges über Iran und nicht mehr der Mann der Niederlage vom 7. Oktober sowie der Hilflosigkeit im Gazastreifen. Stimmen in Israel sagen, das verschaffe ihm innenpolitisches Kapital, welches es ihm ermögliche, Zugeständnisse zu machen, die er vor zwei Wochen noch nicht hätte machen können – sprich: er könne jetzt sogar einem Ende des Krieges im Gazastreifen zustimmen und das politisch überleben, weil diese rechten Parteien, die seine Koalitionspartner sind, natürlich nicht aus einer Regierung austreten wollen, die so siegreich über Iran war.

Meinungsumfragen bestätigen das nicht. Laut neuester Meinungsumfragen von gestern wäre Netanjahus Partei zwar die größte Partei in der Knesset, sein Block von Parteien, also seine Koalition, käme aber nur auf 49 von 120 Sitzen, seine Gegner kämen auf 61 Sitze und 10 Sitze würden von arabischen Parteien besetzt, würde die Wahl heute stattfinden und die Umfragen akkurat sein. Das heißt, dass Netanjahu seinen Machterhalt gefährden würde, wenn er den Krieg morgen einstellen und Neuwahlen ausrufen würde. Nichtsdestotrotz ist der Optimismus, wie ich sagte, im Augenblick groß.

Die Not im Gazastreifen ist enorm. Sie wird von wachsenden Kreisen in Israel auch so wahrgenommen, erkannt und in dieser Form auch kritisiert. Es gibt Forderungen von Trump, das und auch den Krieg dort einzustellen. Er möchte sich mit Gaza eigentlich nicht mehr beschäftigen – das ist zumindest mein Eindruck. Nachdem er gerade sozusagen den großen Sieg gegen Iran davongetragen hat, möchte Trump nun einen Strich unter die Rechnung ziehen. Es gibt erste Berichte, dass er Netanjahu in Richtung eines Waffenstillstands in Gaza und zur Annahme eines ägyptischen Plans drängt.

Der ägyptische Plan würde vorsehen, dass Ägypten, Jordanien und die Vereinigten Arabischen Emirate die Verantwortung für den Wiederaufbau von Gaza übernehmen würden, was auch bedeuten würde, dass sie die Entwaffnung der Hamas zu verantworten hätten. Ob das funktionieren kann, ist weithin umstritten. Das ist ein sehr komplexes Phänomen. Denn spätestens, wenn sie anfangen würden, den Leuten der Hamas die Waffen wegzunehmen, würden im Gazastreifen, glaube ich, auch die arabischen Truppen als Besatzer wahrgenommen werden, und dem will sich keiner aussetzen.

Bezüglich möglicher Lösungsansätze höre ich aus Israel auch nur eine relative Ratlosigkeit im Hinblick darauf, wie mit diesen großen Problemen umgegangen werden kann. Gaza bleibt die schwelende Wunde an Israels Flanke und wird uns auch noch in der geraumen Zukunft beschäftigen, fürchte ich.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Es war wahnsinnig spannend, Ihnen zuzuhören. Das hilft uns dabei, die Lage zu beurteilen. Ich habe schon Meldungen von Ausschussmitgliedern gesehen, würde aber gerne einen Aspekt einbringen, der in der Debatte in Deutschland öfter vorgekommen ist. Es wurde hier erzählt bzw. vermutet, dass der Schlag gegen Iran vorgenommen wurde, um vom Krieg in Gaza abzulenken.

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Wenn man wie ich 30 Jahre in Israel lebt, wird man zwar recht zynisch, aber das geht mir dann doch einen Schritt zu weit.

Wir dürfen nicht vergessen, dass Netanjahu zwei Tage, bevor er den Schlag gegen Iran ausgelöst hat, in der Knesset ein von der Opposition eingebrachtes Misstrauensvotum überlebt. Das bringt es gleichzeitig mit sich, dass die Opposition nun für ein halbes Jahr kein Misstrauensvotum einbringen kann, nachdem sie in diesem eine Schlappe erlitten hat. Es gab für ihn aus innenpolitischer Sicht also nicht unbedingt einen Grund – er saß sicher im Sattel –, diesen Schlag gegen Iran genau jetzt vorzunehmen.

In Anbetracht der hohen Präzision, mit der die israelische Armee die iranische Führung und die iranischen Anlagen getroffen hat, muss davon ausgegangen werden, dass die Informationen, die dem israelischen Geheimdienst vorliegen, extrem akkurat sind. Deswegen neige ich im Augenblick eher dazu, die Aussage Israels für glaubwürdig zu halten, dass sich Iran darauf vorbereitet hat, sein Atom- und vor allem sein Raketenprogramm massiv voranzutreiben, vor allem vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der bisherigen iranischen Strategie. Was in Iran passiert ist, können wir nicht

verstehen, ohne die vorangegangenen 629 Tage zu verstehen. Wenn Sie wollen, kann ich dazu gerne kurz ausholen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ja, klar.

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Versuchen wir mal, die ganze Sache aus dem Blickwinkel Irans zu betrachten. Denn ich glaube, man kann das nicht verstehen, ohne erst mal die iranische Sichtweise zu betrachten.

Iran betrachtet sich aufgrund seiner Geschichte, seiner Kultur und seiner Größe als Macht mit einem hegemonischen Machtanspruch im Nahen Osten. Dieser Anspruch ist mit einer sehr aggressiven, revolutionären Ideologie, der islamischen Rechtsherrschaft in Iran, genannt Welāyat-e Faqīh, gepaart. Diese wird als eines der wichtigsten iranischen Exportgüter betrachtet – sprich: Iran will diese Regierungsform der Islamischen Republik in den gesamten Nahen Osten exportieren.

Das ist wiederum mit einem iranischen Opferkomplex gepaart, der in der iranischen Geschichte begründet ist. Denn Iran wurde wiederholt von Kolonialmächten angegriffen, dezimiert und geschädigt. Deswegen haben die Iraner auf der einen Seite einen Anspruch auf Größe und auf der anderen Seite Angst vor dem Ausland. Beides ist berechtigt. Daher kommt die iranische Frage: Wie verteidigen wir uns?

Die iranische Strategie bisher lautete: Wir bauen Proxies auf, weil wir wissen, dass wir konventionell schwächer sind als die Vereinigten Staaten von Amerika und als arabische Staaten. Deswegen bauen wir im gesamten Nahen Osten Stellvertreter auf. – Angefangen hat das mit der Hisbollah, ihrem wichtigsten Vasallen; weiter ging es mit Syrien, später mit pro-iranischen Milizen im Irak, der Hamas und dem palästinensisch-islamischen Dschihad im Gazastreifen und im Westjordanland, den Huthi-Rebellen und den Versuchen, durch die Destabilisierung moderater sunnitischer Regime im Nahen Osten weitere Proxies aufzubauen.

Die Iraner selbst formulierten das so: Wir legen um Israel herum einen Ring von Feuer. Das heißt, dass wir Stellvertreter haben, die mit Zehntausenden Raketen ausgerüstet sind. Sollte Israel erwägen, uns anzugreifen, müssen sie immer miteinbeziehen, dass, sobald Teheran angegriffen wird, Tel Aviv mit Hunderttausenden Raketen aus mindestens fünf Ländern angegriffen wird.

Das sahen sie nicht nur als Verteidigungsdoktrin, sondern das war langfristig ja auch eine Angriffsdoktrin. Ich weiß nicht, ob Sie Folgendes wissen: Auf dem Palästina-Platz in Teheran lief bis vor vier Tagen eine Uhr rückwärts. Das war ein Countdown für die Zerstörung Israels, der ja von Ali Chamenei verkündet wurde. Diese Uhr zählte die Zeit bis zum Jahr 2040 rückwärts herunter. Für das Jahr hatte Chamenei vorhergesagt, dass Israel dann vernichtet sein würde. Es gab einen offensiven Plan, Israel anzugreifen.

Dem hat Yahya Sinwar, der damalige Führer der Hamas, am 7. Oktober 2023 vorgegriffen. Er hat nicht auf die Iraner gewartet, was, glaube ich, Israels größtes Glück war. Ich glaube, dass Yahya Sinwar durch diesen Angriff am 7. Oktober als der Mensch, der Israel gerettet hat, in die Geschichte eingehen wird, weil dieser Angriff es Israel

ermöglicht hat, den Ring des Feuers um Israel Legostein für Legostein zu zerstören – zuerst die Hamas und dann, überraschend effizient, die Hisbollah. Dann kam der coup de grâce für das iranische Regime, nämlich der Fall von Baschar al-Assad in Damaskus. Iran sah damit alle seine wichtigen Verbündeten im Nahen Osten als verloren an. Sie fühlten sich schutzlos und mussten sich überlegen, wie Abschreckung und ein Angriffspotenzial gegenüber Israel aufgebaut werden können.

Das geschah über zwei Wege. Der eine Weg war der Aufbau bzw. das verstärkte Streben nach der Atombombe und der zweite – wir verstehen die Gefahr, die davon ausgeht, erst heute wirklich – der Ausbau des iranischen Raketenprogramms. Zu Beginn des Krieges verfügte Iran über 2.500 Raketen. Iran wollte jetzt im Monat zwischen 300 und 350 Raketen bauen und somit bis 2027 über rund 10.000 bis 20.000 Raketen verfügen. Die haben einen Sprengkopf von 500 kg bis 1.000 kg. Wir haben gesehen, was diese Raketen anrichten. Von den 500 Raketen, die Iran auf Israel abgeschossen hat, sind 36 durchgekommen. Die haben zwar nur 29 Menschen getötet, aber Hunderte Häuser zerstört. In Israel sind 13.000 Menschen obdachlos geworden. Jetzt stellen Sie sich mal vor, dass nicht 500 Raketen auf Israel abgeschossen werden, sondern 10.000. Das ist für Israel eine existenzielle Bedrohung. Ich glaube, dass Netanjahu angegriffen hat, damit diese nicht entstehen konnte, und nicht aus innenpolitischen Gründen.

Josef Neumann (SPD): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. – Ich breche einmal die große weltpolitische Lage auf den Einwand, den der Kollege Engstfeld am Anfang genannt hat, herunter: Es gibt hier bei uns keine Besuchergruppe mit jüngeren Menschen mehr, in der das Thema „Gaza“ nicht zentral ist. Es ist völlig egal, von welcher Schule sie kommen oder ob sie überhaupt von der Schule kommen. Das ist ein emotionales Thema, das nun mal da ist. Es ist nicht immer einfach, die Diskussion dann auch zu führen.

Welche Perspektiven oder Möglichkeiten sehen Sie für ein – ich sage es mal so – Miteinander? Wann oder wie wird es wieder dazu kommen, dass auch angestoßene Projekte zwischen Palästinensern und Israelis durchgeführt werden können, um überhaupt in eine andere Richtung zu gelangen? Die jetzige militärische Situation – ich nenne sie mal so – wird sicherlich bzw. hoffentlich irgendwann ein Ende finden, weil sie im Grunde genommen keine Perspektive außer der auf Tod und Vernichtung auf beiden Seiten bietet. Wie schätzen Sie das ein? Wird es so etwas wie ein Miteinander geben, und, falls ja, auf welcher Ebene ist es überhaupt möglich, so etwas zu erleben?

Wir erleben natürlich, dass es diesen Konflikt inzwischen ja auch zwischen den unterschiedlichen Gruppen, die bei uns leben, gibt. Der ist ja nicht gerade einfach. Ich sage es mal so: Es gibt da fast eingemauerte Pflöcke und Blöcke, die kaum bzw. nur sehr schwierig eingerissen werden können. Wir sind gefordert, Zeichen zu setzen, kleine Schritte zu machen, Pflänzchen zu setzen, um irgendwann wieder aufeinander zuzugehen und mutmachende, perspektivische und zuversichtliche Wege zu gehen, damit aus dieser Krise heraus, die dort ja existiert, irgendwann wieder eine Perspektive geschaffen kann.

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Ich sehe im Augenblick nicht, wo mit einem Miteinander angesetzt werden könnte. Mir persönlich würde im Augenblick schon ein Nebeneinander reichen. Wenn wir in beiden Gesellschaften den Konsens hinbekommen würde, dass man nebeneinander leben kann, wären wir, glaube ich, schon viele Schritte weiter, als wir es heute sind.

Ich antworte Ihnen jetzt als Gil Yaron und nicht als Chef des Büros in Israel. Wissen Sie, es gibt zwei große Auffassungen, wie Frieden im Nahen Osten herbeigeführt werden kann. Die einen sehen im Palästinenser-Konflikt den Schlüssel, um alles andere aufzuräumen. Die sagen: Wir lösen den Palästinenser-Konflikt und danach herrscht Friede, Freude, Eierkuchen, denn dann können die arabischen Staaten ihre Beziehungen mit Israel normalisieren. – Das haben wir im Prinzip seit 1948 versucht, und es ist uns nicht gelungen.

Der andere Ansatz, an dem beispielsweise die Abraham Accords ansetzen, lautet: Wir schaffen erstmal Frieden nach außen, und dann werden sich auch die Teile der palästinensischen Gesellschaft, die immer sagen – meiner Erfahrung nach ist das bis heute eine weit verbreitete Auffassung in der palästinensischen Bevölkerung –: „Israel ist ein temporäres Phänomen. Wenn wir nur lange genug warten, sind die weg. Warum soll ich mich heute mit halb Palästina zufriedengeben, wenn ich morgen alles haben kann?“, ändern. Dieser Ansatz verfolgt eine andere, eine eher zukunftsgerichtete Haltung, eine die aussagt: Ich möchte nicht nur, dass es mir jetzt gut geht, sondern auch, dass es mir in einer oder zwei Generationen gut geht. – Das ist die andere Haltung zu diesem Konflikt: Man rollt das auf, indem die Abraham Accords weiter ausgedehnt und die Beziehungen zu arabischen Staaten normalisiert werden.

Vor diesem Hintergrund finde ich es beispielsweise faszinierend, wie sich Syrien in dem neuesten Konflikt verhalten hat. Syrien hat den iranischen Vergeltungsangriff auf die US-amerikanische Al Udeid Air Base in Katar innerhalb von Minuten verurteilt. Zu den israelischen Luftschläge in Iran gibt es aus Damaskus kein einziges Wort der Verurteilung – auch nach zwölf Tagen nicht, trotz der verheerenden Schäden, die Israel in Iran angerichtet hat. Es gibt heute also eine Gleichheit der Interessen von Syrien und Israel, die vor vier Monaten noch völlig undenkbar war.

Ich glaube, dass die Saudis Interesse an einer Annäherung an Israel haben, da sich Israel so stark gezeigt hat, dass die Bedrohung durch Iran kleiner geworden ist, und da das Interesse der USA daran, dass sich diese beiden wichtigen Partner im Nahen Osten annähern, enorm ist. Für die Frage, wann die Israelis und Palästinenser zusammengebracht werden können, ist derzeit, glaube ich, der zweite Ansatz wahrscheinlicher als der erste, vor allem vor dem Hintergrund der Führungen auf beiden Seiten.

Ich schätze die jetzige israelische Regierung nicht als eine ein, die Aussagen machen kann, die die Palästinenser zur Mäßigung bewegen. Auch die palästinensische Seite schätze ich so nicht ein, weder Mahmud Abbas, der es bis zum heutigen Tag nicht vollbracht hat, den 7. Oktober eindeutig zu verurteilen, und definitiv nicht die Hamas, von der wir heute wissen, dass sie ihre Ideologie, laut der Israels Vernichtung angestrebt wird, einfach nicht verändern wird, egal wie oft der Gazastreifen bombardiert wird. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass es einen Generationenwechsel in den

Führungen und eine Veränderung im Umfeld, die meiner Meinung nach heute eher möglich ist als früher, braucht.

Dr. Nikolaj Beier (Stellvertretender Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Ich nehme jetzt ein bisschen mehr die Sicht von außen ein, um die Ausführungen von Herrn Dr. Yaron noch zu flankieren. Das ist vielleicht auch ein bisschen provokant.

Im Rahmen des Irankriegs habe ich persönlich mich in den letzten Tagen und Wochen oft gefragt: Haben wir Deutsche uns mal gefragt, ob die Alliierten im Zweiten Weltkrieg dem Völkerrecht entsprechend gehandelt haben? Das ist Punkt eins.

Punkt zwei: Was wäre passiert, wenn die Alliierten damals gesagt hätten – das entspricht der ganz extremen Haltung in der israelischen Politik –: „Alle deutschen Bürgerinnen und Bürger sind Nazis; wir löschen Deutschland komplett aus“?

Diese Gedanken sind mir in den letzten Wochen durch den Kopf gegangen sind.

Erst einmal ist es wichtig, dass die palästinensische Bevölkerung eine Führung bekommt, unter der sie nicht mehr mit dem Leben bedroht wird, wenn sie sich emanzipieren, tatsächlich als Zivilbevölkerung darstellen und ihre Meinung äußern will. Wenn wir diesen Zustand erreichen würden, bestünde für meine Begriffe die ganz diffizile Balance darin, sich aus dem inneren Willen heraus zu verändern. Ich glaube, dass der nicht von außen kommen kann und das auch nicht sollte. Dieser Wille muss von innen kommen. Unsere Aufgabe als Weltgemeinschaft ist es, diesen Willen zu unterstützen, wenn er da ist. Es ist meine persönliche Hoffnung, dass sich über Generationen hinweg etwas ändern kann.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Bevor ich das Wort an den Kollegen weitergebe, habe ich zwei kurze Nachfragen. Ich weiß, was die Abraham Accords sind, aber erklären Sie doch einmal für alle, worum es sich handelt.

Zweite Frage. Sie haben vorhin die Regierung Netanjahus erwähnt, der mit rechten, sehr nationalistischen Parteien eine Koalition bildet. Wie definieren Sie eine rechte israelische Partei? Was macht „rechts sein“ aus? Wir in Deutschland haben ja auch eine Vorstellung davon, was wir meinen, wenn wir von rechten Parteien sprechen. Sind diese Vorstellungen identisch oder nicht? Könnten Sie uns das auch noch näherbringen?

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Die Abraham Accords sind Friedensverträge zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Marokko, Sudan und Bahrain, die Trump herbeigeführt hat. Ich glaube, dass die Normalisierung der Beziehung zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel der zentrale, der wichtigste Punkt ist. Deren Bedeutung kann, glaube ich, überhaupt nicht überschätzt werden.

Die Vereinigten Arabischen Emirate – Sie müssen mich stoppen, wenn ich meinen Kompetenzbereich zu weit überschreite – sind für die arabische Welt enorm wichtig,

weil sie der arabischen Welt ein völlig neues und ein völlig anderes Gedankenkonstrukt präsentieren. Ich formuliere es so: Man kann Muslim, aber gleichzeitig in vielerlei Hinsicht fortschrittlich, weltoffen, tolerant sein. – Das sind Gedankenkonstrukte, mit ihren Limitierungen und Auflagen, die in den VAE bestehen, in anderen arabischen Staaten auf diese Art und Weise aber nicht propagiert werden. Sie tragen deswegen eine sehr interessante, eine alternative Weltauffassung in die arabische und muslimische Welt hinein. Ihre Bedeutung wird auch dadurch untermauert, dass die VAE durch ihren Reichtum und ihre Investitionsstärke weit über ihrem spezifischen politischen Gewicht boxt – so könnte man das sagen. So viel zu den Abraham Accords.

Zum Begriff „rechts“. Das ist eine wichtige Frage; ich habe den Begriff so frei benutzt. Sagen wir es so: Die Debatte zwischen links und rechts drehte sich ursprünglich eigentlich nur um eine einzige Frage, also um eine Dimension, und die lautete: Wo verläuft Israels Grenze? Wird das Westjordanland annektiert, sodass es zum Staat Israel gehört, oder wird das Westjordanland zurückgegeben und die Grenzen von 1967 akzeptiert?

Je weiter links sie waren, desto mehr waren sie für eine Zweistaatenlösung auf der Basis der Grünen Linie, oder sogar, im extrem linken Spektrum in Israel, für eine Einstaatenlösung mit den Palästinensern. Je weiter rechts sie waren, desto mehr waren sie für eine Annektierung und Eingliederung dieser Gebiete in den Staat Israel.

Inzwischen ist dieses Rechts-links-Gefüge mit weiteren Sachen verquickt. In der Dichotomie des israelischen Staatscharakters, der ein bisschen zwischen jüdisch und demokratisch hin und her oszilliert, setzen vor allem die Parteien, die heute rechts sind, einen viel stärkeren Fokus auf den jüdischen Charakter des israelischen Staates und einen schwächeren Fokus auf den demokratischen Charakter. Das heißt, dass sie eine Annektierung des Westjordanlands und eine Verstärkung der Siedlungspolitik wollen, aber eben auch das Hervorheben des jüdischen Charakters Israels innerhalb der israelischen Gesetzgebung hervorgehoben wird – auf Kosten der multikulturellen Gesellschaft, die es in Israel eigentlich gibt, und der säkularen Offenheit, die Israel in weiten Teilen eigentlich ausmacht.

Frank Jablonski (GRÜNE): Das ist ein extrem schwieriges Thema, auch für uns hier in Nordrhein-Westfalen, für uns hier in Deutschland. Ich möchte versuchen, Aspekte ein wenig klarzustellen, und habe dann auch noch Fragen an Sie.

Ursache des ganzen Konflikts der letzten zwei Jahre ist der 7. Oktober, ist die Terrororganisation „ Hamas“, die von Iran aus gesteuert wird, ist ein Pogrom in einem Ausmaß, das wir seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht erlebt haben. Das kommt mir in der aktuellen Debatte häufig zu kurz. Gleichwohl ist es natürlich so, dass jedes zivile Opfer, egal auf welcher Seite, eines zu viel, zu beklagen ist, und am Ende des Tages auch inakzeptabel ist.

Die Art der Kriegsführung, die seit einem halben Jahr, seit einem Jahr im Gazastreifen praktiziert wird, macht es für uns als Abgeordnete NRWs von Tag zu Tag schwieriger, die Differenzierung, dass es zwischen der israelischen Regierung, der israelischen Bevölkerung und jüdischen Menschen hier in Deutschland Unterschiede gibt und dass

diese drei Gruppen zwar teilweise identisch, in vielen Belangen aber halt auch unterschiedlich sind, zu erklären, gerade bei jungen Menschen, wie Kollege Neumann schon gesagt hat. Das wird von Tag zu Tag schwieriger.

Das ist aus verschiedenen Gründen, auch aus politischen, ein hoch emotionalisierter Konflikt. Es gibt auch Gründe dafür, weshalb – das kann ich mir nicht verkneifen – mir keine einzige Demonstration in Deutschland für die größte Hungerkatastrophe, die gerade auf diesem Planeten herrscht – das ist die im Sudan –, bekannt ist, weshalb es aber regelmäßig intensive Demonstrationen im Kontext des Gazastreifens gibt. Es hat ja Gründe, warum kein Mensch in NRW bzw. in Deutschland über den Sudan, über eine politisch gewollte Hungerkatastrophe spricht. Der Konflikt im Gazastreifen wird instrumentalisiert; das will ich damit sagen.

Sie haben davon berichtet, dass Sie auf wirtschaftlicher Ebene, auf kultureller Ebene etc. kooperieren. Ich war 2016 im Westjordanland und in Israel und habe mich mit der Organisation „Breaking the Silence“ getroffen. Das sind ehemalige israelische Soldaten, die kurz zusammengefasst sagen: Eine militärische Besatzung einer zivilen Bevölkerung kann so nicht funktionieren. Die produziert Leid, Gewalt, und all das, was dazugehört. – Die haben einen sehr kritischen Blick auf die Regierungspolitik der letzten Jahre.

Gibt es eigentlich irgendwelche Arten von Kooperationen im Hinblick auf NGOs, die Zivilgesellschaft, die Demokratieförderung? Denn ich werde einen Satz aus meinem Studium der Politikwissenschaft niemals vergessen: Ein Professor hat mal gesagt, ich würde in der Weltgeschichte kein einziges Beispiel dafür finden, dass zwei funktionierende Demokratien jemals gegeneinander Krieg geführt hätten. Es ist ja das Hauptproblem in der Region, dass es eine einzige Demokratie gibt – das ist Israel – und alle anderen Staaten um Israel herum nicht demokratisch organisiert sind. Die größten Opfer werden, glaube ich, durch die dortigen antidemokratischen Verhältnisse produziert.

Unsere Frage ist gleichwohl, was wir hier konkret machen können. Dazu möchte ich einen positiven Ausblick wagen. Ich habe mich sehr über den Passus im Koalitionsvertrag der Bundesregierung gefreut, in dem die Einrichtung eines Yad Vashem Education Centers in Deutschland angeregt worden ist. Dabei geht es darum, Lehrkräfte in den Bereichen „Antisemitismus“, „Holocaustforschung“ etc. pp. auszubilden. Wir in Nordrhein-Westfalen mit unserer langen jüdischen Tradition, unserer langen jüdischen Geschichte haben natürlich ein hohes Interesse daran, dass ein solches Projekt in NRW angesiedelt wird.

Ehrlich gesagt glaube ich, auch wenn die Situation und die Diskussion gerade sehr emotional und sehr aufgeregt sind, dass jetzt genau der richtige Zeitpunkt ist, um solche Projekte anzustoßen oder auch um die Städtepartnerschaft zwischen Duisburg und Aschdod noch mal zu forcieren. Wir sollten das ganze Thema auch noch von einem anderen Blickwinkel aus betrachten.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Herr Dr. Yaron, ich schlage vor, sofern Sie nichts dagegen haben, dass wir direkt alle weiteren Fragen sammeln, Sie diese dann beantworten und wir dann einen Schlusstrich unter die Debatte ziehen. Ich habe die Uhr

im Blick und wir haben – Sie kennen das Parlamentsgeschäft – noch Anschlussstermine.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Ich möchte mich erst mal für die vielen so inhaltlich fundierten Einblicke, die Sie heute geben und die wir sonst nicht aus erster Hand bekämen, bedanken. Ich finde das alles sehr spannend.

Ich möchte darauf aufbauend zum einen gerne die Rolle der Medien in Israel hinterfragen: Wie wird die Situation in Gaza über die Medien in Israel gespiegelt? Wird sie überhaupt gespiegelt? Wir wissen von den Einschränkungen, denen ausländische Journalisten unterliegen. Diese dürfen nur noch mit einer gewissen Zensur berichten. Wird das gespiegelt?

Zweiter Punkt: Wie reagiert die arabische Bevölkerung innerhalb Israels – der Bevölkerungsanteil liegt bei 20% – auf die Geschehnisse?

Dritter Punkt: Gerät die große orthodoxe Gruppe in Israel unter Druck, sich auch beteiligen zu müssen? Netanjahus Koalitionspartner sprangen ja leicht aus der Hose, als er versuchte seine Überlegungen umzusetzen. Die britische Königin – Gott hab sie selig – hätte gesagt, die seien not amused gewesen. Wie reagiert dieser orthodoxe Teil auf die Geschehnisse und auf die drohende verstärkte Einbeziehung, unter Umständen in Konflikte, an denen sie gar nicht beteiligt werden wollen?

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen der Ausschussmitglieder vor, ich habe aber noch eine Frage zum Abschluss – Stichwort „erster Hand“.

Sie haben gerade gesagt, der Zwölfstagekrieg liege hinter uns. Sie haben auch erwähnt, dass Tel Aviv von Teheran beschossen wurde und dort auch Schäden entstanden sind. Sie waren zu der Zeit in Tel Aviv. Könnten Sie als Augenzeuge uns mal erzählen oder näherbringen, wie das Alltagsleben ist. Wie ist das mit den Bunkern, den Schutzräumen und so? Wie gestaltet sich das? Wie hat sich das bemerkbar gemacht? Wie ist es unter so einer Bedrohungslage zu leben?

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Ich komme erst mal zu Kooperationen wie „Breaking the silence“ oder „The Parents Circle – Families Forum“. Kennen Sie Letztere auch?

(Frank Jablonski [GRÜNE]: Nein!)

Das ist eine ähnliche Organisation. Das ist eine Organisation von israelischen und palästinensischen Eltern, die ihre Kinder im Krieg verloren haben. Die sind jedes Jahr in den Schlagzeilen, wenn sie an Israels Unabhängigkeitstag, an dem die Israelis die Gründung Israels feiern und die Palästinenser ihre Nakba, also ihre Katastrophe, betrauern, gemeinsam ihrer gefallenen oder getöteten Kinder gedenken und sagen: Wir verweigern uns, einander Feind zu sein. – Das findet Jahr für Jahr statt; das fand auch dieses Jahr wieder statt, ist mittlerweile aber stärker umstritten.

Es gibt diese NGOs weiterhin. Man muss aber ganz klar sagen, dass ein palästinensischer Staat für viele Israelis heute ein anderes Thema geworden ist, selbst für sehr pragmatische Israelis, die vor anderthalb Jahren vielleicht noch gesagt hätten: Natürlich müssen wir uns irgendwie auf eine Zweistaatenlösung einigen.

Aber stellen Sie sich das mal vor: Am 7. Oktober sind palästinensische Terroristen aus dem Gazastreifen 30 km, 40 km tief in Israel eingedrungen. Wenn es ein ähnliches Gebilde wie Palästina im Westjordanland und einen ähnlichen Angriff wie den 7. Oktober aus dem Westjordanland heraus auf Israel gegeben hätte, dann wären palästinensische Terroristen auf dem Dizengoff-Platz, also im Herzen Tel Avivs herumgelaufen – das liegt dem Westjordanland nämlich weitaus näher als 30 km. Es hätte im Prinzip keinen einzigen Punkt in Israel gegeben, der vor Terroristen sicher gewesen wäre.

Ich mache Ihnen mal kurz klar, was der 7. Oktober für Israelis bedeutete. Ich wohne in einem Hochhaus in Tel Aviv. Die meisten Hochhäuser haben unten einen Doorman. Am 7. Oktober wurde unser Hochhaus mittags gesperrt. Der Eingang für Nichtbewohner war verboten, weil man Angst hatte, dass Hamas-Terroristen es vom Gazastreifen bis nach Tel Aviv geschafft haben, obwohl das 60 km sind. Das Westjordanland ist mit dem Auto von meiner Wohnung in Tel Aviv aus ungefähr 17 Minuten, 18 Minuten entfernt, wenn es keinen Stau gibt, was in Israel selten vorkommt.

Es gibt diese NGOs noch; die sind im Augenblick aber in der absoluten Minderheit. Ich glaube, dass es eine geraume Zeit dauern wird, bis die Israelis ihr Trauma überwinden können und bis neues Vertrauen darin entstehen kann, dass man nebeneinander in Sicherheit leben kann. Herr Neumann, Sie sprachen von einem Miteinander. Ich glaube, dass das der zweite Schritt ist. Lassen Sie uns erst mal da hinkommen, dass Palästinenser im Gazastreifen sagen: „Wir können neben Israelis leben“, und dass Israelis neben dem Gazastreifen sagen: „Es ist okay, wenn Palästinenser 1.000 m von mir entfernt wohnen“. Da müssen wir jetzt erst mal hinkommen.

Medien in Israel berichten zwar über Gaza, aber sehr steril. Die israelische Bevölkerung erfährt fast nichts über das Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen.

Auf den israelischen Fernsehkanälen wurden, vor allem während des Irankrieges, im Prinzip 23 Stunden am Tag ausschließlich Nachrichten gezeigt. Diese Nachrichten befassen sich aber natürlich mit dem Leid sowie der Bedrohungslage in Israel und weit- aus weniger, also fast überhaupt nicht, mit dem Leid der Palästinenser. Als Israeli, der die Mainstream-Medien – Fernsehen und Zeitung – wahrnimmt, erfahren sie zwar, dass es in Gaza eine Hungersnot gibt, das wird aber stets von der Aussage des Militärs begleitet, dass den Gazastreifen genug Kalorien pro Kopf erreichten und dass es, wenn die Palästinenser nicht genug Nahrungsmittel zur Verfügung hätten, einzig und allein an einem Verteilungsproblem liege. Das heißt, dass es daran liege, dass diese Nahrungsmittel von der Hamas gekapert und entführt und nicht der Bevölkerung zur Verfügung gestellt würden. Dem glauben die Israelis – sprich: sie haben von der Notlage in Gaza ein völlig anderes Bild als die Menschen im Rest der Welt.

Vor diesem Hintergrund ist auch der geringe Protest gegen das, was im Gazastreifen passiert, zu sehen. Wenn es Proteste gibt, gehen die meistens von Anhängern der

Organisation der Angehörigen der Geiseln, die weiter im Gazastreifen festgehalten werden, aus. Die sagen – die private Organisation, die im Gazastreifen diese vier Verteilungspunkte unterhält, wird im Augenblick ja eigentlich mit 125 Millionen Euro von der israelischen Regierung finanziert –: Wie können wir israelische Steuergelder dafür ausgeben, Menschen im Gazastreifen Nahrung zu liefern, wenn die unseren Geiseln noch nicht mal was zu essen geben? Lass uns erst mal sicherstellen, dass die mit Medikamenten versorgt werden, dass die was zu essen bekommen, dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz die mal zu sehen bekommt. – Das heißt, dass zuerst die grundlegenden Menschenrechte für die Geiseln sichergestellt werden sollen, und sich dann auch um die Leute in Gaza gekümmert wird. Die grundlegende Haltung in Israel lautet: Solange die sich nicht darum kümmern, warum sollen wir die füttern?

Wie verhalten sich die Araber in diesem Konflikt? Die sind in einer sehr schwierigen Situation. Eine der größten Ängste in Israel war ja, dass infolge des 7. Oktober ein ähnlicher Aufstand unter der arabischen Bevölkerung wie bei den al-Aqsa-Unruhen vor wenigen Jahren stattfinden würde. Ein solcher hat sich bis jetzt überhaupt nicht herauskristallisiert.

Ich glaube, dass die israelischen Araber bzw. die arabischen Staatsbürger Israels – so heißt es eigentlich korrekt – vor der Hamas nicht weniger Angst haben als jüdische Israelis. Die Hamas hat am 7. Oktober genauso auch muslimische Araber ermordet, wie sie Juden ermordet hat. Die Hamas ist eine antidemokratische, faschistische Terrororganisation, und die meisten arabischen Staatsbürger Israels wissen das und wünschen sich nicht, dass Israel ausgelöscht wird.

Sie waren von den iranischen Raketen nicht weniger bedroht. Einer der tragischsten Raketeneinschläge geschah im arabischen Dorf Tamra, in dem vier Frauen in einem Haus ums Leben gekommen sind. Die fürchten sich vor den iranischen Raketenangriffen genauso, mit einem besonderen Twist: Sie bemängeln, dass zum Beispiel der Zivilschutz in Israel in arabischen Städten bei Weitem nicht so gut sei wie der in jüdischen Städten. Das hat viele, viele verschiedene Hintergründe. Das hat etwas mit der Verwaltung in diesen arabischen Städten, aber bestimmt auch etwas mit der Priorisierung zu tun, wie Israelis solche Zivilschutzmaßnahmen wahrnehmen.

Bezüglich der Ultraorthodoxen in Israel gab es nach dem 7. Oktober in weiten Kreisen der Bevölkerung die Hoffnung, dass sie jetzt die existenzielle Bedrohung wahrnehmen und sich verstärkt zum Wehrdienst melden würden. Sie wissen vielleicht, dass Ultraorthodoxe in Israel vom Wehrdienst freigestellt sind. Der israelischen Armee fehlen inzwischen hinten und vorne Soldaten. Sie führt weiterhin an sieben Fronten Krieg, und ihr fehlen in ihren Reihen in etwa 30.000 Männer – auch Frauen, aber in diesen Einheiten hauptsächlich Männer. Das ist in etwa die Anzahl der Ultraorthodoxen, die jedes Jahr vom Wehrdienst freigestellt wird.

Das hat die Spaltung innerhalb der israelischen Bevölkerung noch mal enorm vertieft. Die Debatte um die Freistellung der Ultraorthodoxen wird mit einer Vehemenz geführt, wie ich sie von früher nicht kenne. Denn inzwischen bedeutet das ja auch, dass säkulare Israelis in den letzten 629 Tagen 300 Tage Reservedienst geleistet haben. Die haben kein Leben mehr. Daran zerbrechen Geschäfte, Familien, Existenzen. Das alles wäre nicht notwendig, wenn sich die Ultraorthodoxen einziehen lassen würden.

Das würde aber die Machtgrundlage der ultraorthodoxen Parteien bedrohen. Deswegen stemmen sie sich extrem dagegen. Die Parteien haben Angst, dass ein Ultraorthodoxer, der in die Armee geht und der säkularen Welt ausgesetzt wird, nicht ultraorthodox bleibt und sie später nicht mehr wählt. Deswegen verhindern die das mit all ihrer Macht.

Netanjahus Koalition könnte daran am Ende scheitern, denn diese Frage wird heute so scharf diskutiert wie noch nie, weil der Oberste Gerichtshof festgestellt hat, dass das Gesetz, das die Ultraorthodoxen freistellt, gegen Israels Grundgesetze verstößt, und zwar gegen das Gebot der Gleichheit. Die Regierung muss ein neues Gesetz verfassen, und sie schafft es nicht, eines zu formulieren, das den rechtschaffenen Politikern von Likud, aber auch den ultraorthodoxen Politikern in der Koalition passt.

Zur letzten Frage nach dem Alltag. Der heutige Alltag in Israel ist ganz anders als der vor vier Tagen. Der Ausnahmezustand wurde aufgehoben; die Schulen sind wieder offen; die Cafés sind wieder brechend voll. Während des Kriegs mit Iran waren die Straßen Tel Avivs wie leergefegt.

Es ist in Israel seit dem Golfkrieg 1991 so, dass jedes Haus, das gebaut wird, einen Schutzraum für jede Wohnung haben muss. Während des Golfkrieges herrschte die Angst, dass die Iraker Israel mit Giftgas beschießen, und Giftgas hat die Eigenart, schwerer zu sein als Luft. Wenn sie in einem Bunker im Keller Schutz suchten, waren sie diesem Giftgas eigentlich viel stärker ausgeliefert. Die waren viel gefährlicher als die Wohnungen in den höheren Etagen.

Deswegen wurde in Israel das Patent der Schutzräume entwickelt. Ein Schutzraum ist ein Betonwürfel, der sich inmitten des Gebäudes befindet. Jede Wohnung hat so einen Schutzraum. Das ist ein mindestens 9 qm großes Zimmer. Meistens ist der da, wo die Schmutzwäsche hingestellt wird und andere Sachen abgelegt werden. Manche haben inzwischen schon größere Schutzräume, die dann als Arbeitszimmer oder Kinderzimmer verwendet werden können. Diese Schutzräume haben sich als eine der wichtigsten Schutzmaßnahmen Israels erwiesen. Denn auch bei direkten Treffern von Gebäuden in Israel durch Raketen haben die Menschen, die in diesen Schutzräumen waren, den Einschlag dieser Raketen ohne Verletzung überlebt, außer der Schutzraum wurde direkt getroffen. Auch wenn das Wohnzimmer getroffen wurde, waren die Menschen im Schutzraum sicher.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Schwer vorstellbar!

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Ja, durchaus. – Ansonsten hätten wir in Israel nach 36 Einschlägen nicht nur 29 Tote zu beklagen, sondern Hunderte. Es sind insgesamt, glaube ich, nur sechs oder sieben Personen getötet worden, die in Schutzräumen waren, und das ist ausschließlich auf einen direkten Treffer des Schutzraums zurückzuführen. Die statistische Wahrscheinlichkeit für einen direkten Treffer ist sehr gering.

Wenn wir von einer Zeitenwende sprechen, wenn wir davon sprechen, dass wir hier überhaupt keinen Zivilschutz haben, sollten wir uns in Nordrhein-Westfalen auch darüber Gedanken machen, einen solchen Schutzraum in die Bauordnung einzubauen und für Neubauten anzudenken. Ich stelle das mal so in den Raum. Es wäre eine interessante Überlegung, sodass wir die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen in Zukunft so gut schützen könnten, wie die Israelis ihre Bevölkerung seit 1991 geschützt haben.

Ein Schutzraum bietet auch Schutz vor vielen weiteren Sachen, Erdbeben, anderen Dingen, anderen Katastrophen. Ich weiß, dass das für viele Leute in Nordrhein-Westfalen unvorstellbar ist, aber die Welt verändert sich schneller, als wir denken. Ich glaube, dass wir aus den vielen Lehren, aus den Fehlern Israels, aber auch von dem, was sie richtig gemacht haben, lernen können.

Dr. Nikolaj Beier (Stellvertretender Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Es muss aber bedacht werden, dass das eine Bauordnung ist, die seit den 90er-Jahren gilt. In Jerusalem und anderen Städten sind die Gebäude weitaus älter. Das heißt im Gegenzug, dass es überproportional viele ältere Menschen getroffen hat, die zu langsam sind oder sagen: Ich gehe gar nicht in meinen Schutzraum, weil ich das sowieso nicht in 60 oder 90 Sekunden schaffe.

Zum anderen kenne ich auch Beispiele von Familien mit Kindern, die in ihren Gebäuden keinen Schutzraum haben, weil die Gebäude zu alt sind. Die müssen mit kleinen Kindern in der Nacht – Raketenalarme und den Beschuss gibt es ja vornehmlich in der Nacht – in ihrem Haus drei Stockwerke hinunter und dann über die Straße zu einem neueren Gebäude, in dem es einen Schutzraum gibt, laufen. Das ist auch Lebensrealität.

Dr. Gil Yaron (Leiter des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel): Viele Israelis haben den Krieg in den U-Bahn-Stationen von Tel Aviv, in den öffentlichen Shelters verbracht.

Sie wissen vielleicht, dass jeder große Parkplatz in Israel, der gebaut wird, automatisch auch als Atomschutzbunker geplant wird. Es gibt also beispielsweise einen riesigen Parkplatz mitten in Tel Aviv, der neben dem Nationaltheater gebaut wurde und der innerhalb von Stunden in einen Bunker umfunktioniert wurde, in den Leute mit ihren Matratzen und Kisten eingezogen sind, um darin zu wohnen.

Jedes Krankenhaus in Israel ist so gebaut, dass es innerhalb von 6 bis 8 Stunden in Luftschutzbunker verlegt werden kann. Während des Irankrieges wurden alle israelischen Krankenhäuser in ihre unterirdischen Bunker verlegt. In Be'er Scheva wurde das Krankenhaus getroffen. Eine Riesenkatastrophe wurde dadurch verhindert, dass die von der Rakete getroffene Abteilung einen Tag vor dem Raketeneinschlag geräumt worden war. Sonst hätten wir dort mit Dutzenden Opfern zu rechnen gehabt. Das sind alles solche Dinge.

Das Büro in Israel arbeitet gerade daran, einen intensiven Austausch zwischen der KGNW, der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen, und Israel herbeizuführen, um beispielsweise die Bereitschaft von nordrhein-westfälischen Krankenhäusern für Massenopferereignisse durch Kurse für Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen, in Israel sowie Delegationsbesuche zu verbessern. Beispielsweise bieten das Ichilov Krankenhaus, das Hadassah Krankenhaus, das Rambam Krankenhaus und das Sheba Krankenhaus an, dass sie nach Nordrhein-Westfalen kommen und hier dabei helfen, die Notfallbereitschaft unserer Krankenhäuser zu verbessern. Das ist ein Austausch, der gemeinsam mit dem MAGS schon jetzt läuft und von dem ich nächstes Jahr, wenn ich wieder hier bin, hoffentlich erfolgreiche Ergebnisse berichten kann.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Herr Dr. Yaron, Herr Dr. Beier, ganz herzlichen Dank, dass Sie heute bei uns waren. Danke für den Austausch, der uns alle, glaube ich, weitergebracht hat und uns Perspektiven eröffnet hat, die wir vorher nicht hatten.

Ihnen persönlich alles Gute und einen schönen Urlaub. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie spätestens nächstes Jahr, wenn Sie wieder hier sind, vorbeischauen und den Austausch mit dem Ausschuss suchen würden. Vielen Dank bis hierhin und alles Gute.

(Beifall)

10 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

2 Anlagen

22.07.2025/25.07.2025



Romina Plonsker MdL – CDU-Landtagsfraktion NRW
Berivan Aymaz MdL - Grüne im Landtag NRW
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL

Romina Plonsker MdL

Sprecherin für Europa und Internationales
der CDU-Landtagsfraktion

Berivan Aymaz MdL

Sprecherin für Europa und Internationales
der Grünen-Landtagsfraktion

Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 27. Juni 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW
beantragen wir folgenden Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für
Europa und Internationales am 27. Juni 2025:

„Einsatz der Landesregierung für faire steuerliche Regelungen für Grenzpendlerinnen
und Grenzpendler“

Die kürzlich erzielte Einigung zur Anpassung des Doppelbesteuerungsabkommens
zwischen Deutschland und den Niederlanden stellt einen bedeutenden Fortschritt für
die grenzüberschreitende Arbeitswelt, für Grenzpendlerinnen und Grenzpendler dar. Bis
zu 34 Homeoffice-Tage pro Jahr werden steuerlich so behandelt, als wären sie im
Tätigkeitsstaat erbracht worden.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht
und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

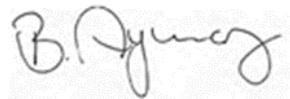
1. Welche konkreten Initiativen hat die Landesregierung in den letzten Jahren
unternommen, um auf Bundesebene auf die Veränderung der bestehenden
Regelung hinzuwirken?
2. Welche Auswirkungen wird die neue Regelung nach Einschätzung der
Landesregierung auf Grenzpendlerinnen und Grenzpendler haben? Inwieweit
erleichtert die Regelung die tägliche Lebensrealität und Arbeitsorganisation der
Betroffenen?

3. Wie bewertet die Landesregierung die Regelung im Hinblick auf die europäische Integration und grenzüberschreitende Mobilität? Welche Rückmeldungen hat die Landesregierung aus den Euregios und von niederländischen Partnern zu dieser Anpassung erhalten?
4. Welche weiteren Schritte strebt die Landesregierung an, um die Rahmenbedingungen für grenzüberschreitendes Arbeiten noch weiter zu verbessern?

Mit freundlichen Grüßen



Romina Plonsker MdL



Berivan Aymaz MdL

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion **FDP**
Nordrhein-Westfalen

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil

Mitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und
Internationales
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„OVG-Besetzung“

12.06.2025

Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 27. Juni 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 27. Juni 2025 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

Welche Rolle spielt Nordrhein-Westfalen für die Stärkung des Europäischen KI-Standortes?

Mit der Veröffentlichung des Aktionsplans für den „KI-Kontinent“ am 9. April 2025 hat die Europäische Kommission zukünftige Initiativen vorgestellt, um die Europäische Union als KI-Standort zu stärken. Der Aktionsplan basiert auf dem sogenannten Draghi-Bericht (vgl. EiÜ 30/24) zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit und sieht unter anderem den Aufbau einer groß angelegten KI-Daten- und Computerinfrastruktur, insbesondere ein Netzwerk von KI-Fabriken, die europäische KI-Startups, Industrie und Forschung bei der Entwicklung neuer KI-Modelle und Anwendungen vor. Darüber hinaus liegen Planungen für KI-Gigafabriken, Planungen zur Schaffung europäischer Cloud-Kapazitäten sowie eine für 2025 angekündigte Strategie für die Datenunion als echter Binnenmarkt für Daten vor. Auch soll ein KI Service Desk etabliert werden, der bei der Einhaltung der KI-Rechtsvorschriften im Rahmen der KI-Verordnung und darauf aufbauenden KI-Leitlinien unterstützen soll.

Ziel ist es, die Abhängigkeit der EU von externen digitalen Dienstleistern zu verringern und somit die technologische Souveränität der EU in geopolitisch herausfordernden Zeiten zu stärken.

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.werner-pfeil.com



**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Vor diesem Hintergrund kommt den Mitgliedstaaten und insbesondere den innovationsstarken Regionen eine zentrale Rolle zu. Nordrhein-Westfalen verfügt über eine vielfältige Forschungs- und Hochschullandschaft, eine starke industrielle Basis sowie zahlreiche KI-relevante Start-ups und Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zu den Inhalten und Ergebnissen der Veranstaltung, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

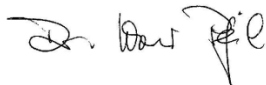
Welche Rolle spielt Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung des europäischen Aktionsplans für den „KI-Kontinent“?

Welchen Beitrag leistet Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der europäischen KI-Initiativen?

Welche Maßnahmen ergreift die NRW-Landesregierung, um KI-Startups, Forschungseinrichtungen und Unternehmen bei der Nutzung europäischer KI-Infrastrukturen zu unterstützen?

Inwiefern werden Unternehmen bzw. Akteure in Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung der europäischen KI-Verordnung und der zugehörigen Leitlinien von der Landesregierung unterstützt?

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Werner Pfeil